

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungssliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 3 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeb.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeitspalte oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgebundene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Eine Ohrfeige für das Centrum.

Leipzig, 9. Oktober.

Das Rundschreiben des sächsischen Ministeriums des Innern, betreffend die Aufgaben der Krankenkassen bezüglich der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über dessen Inhalt wir bereits nähere Mitteilung gemacht haben, hat eine sehr interessante Vorgeschichte. Schon in unserer ersten Notiz war hervorgehoben, daß die Maßnahmen des sächsischen Ministeriums in dieser Angelegenheit angeregt worden seien durch ein Rundschreiben des Reichskanzlers, das die Aufmerksamkeit der Einzelregierungen auf die unheilvollen Folgen der geschlechtlichen Krankheiten und die zwingende Notwendigkeit gemeinsamer Abwehrmaßnahmen lenken sollte. Der Reichskanzler aber folgte mit diesem Rundschreiben nur einer Anregung, welche im Reichstage die sozialdemokratischen Abgeordneten vor mehreren Jahren, nämlich bei der letzten Reform der Invalidenversicherung, gegeben haben.

Es handelte sich damals um den § 17 (Absatz 3) des früheren Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, der folgenden Wortlaut hatte:

Die Dauer einer Krankheit ist nicht als Beitragszeit in Anrechnung zu bringen, wenn der Beteiligte sich die Krankheit vorläßtlich oder bei Vergehens eines, durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens, durch schuldhaftes Verhalten bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen hat.

Die Länge der Beitragszeit hat aber für die Arbeiter eine doppelte Bedeutung. Erstens hängt das Recht auf eine Rente von einer gewissen Beitragszeit ab, und zweitens richtet sich die Höhe der Rente u. a. auch nach der Dauer der Beitragszeit. Mithin mußte der angeführte Paragraph die Folge haben, daß ein Arbeiter, welcher nur unter Zurechnung der Zeit der angeführten Krankheiten die für das Recht auf eine Rente vorgesehene Beitragszeit erreicht hätte, jeden Anspruch einbüßt, in allen Fällen aber jene Zeit für die Höhe der Rente verloren ist. Naturgemäß sucht sich jeder Arbeiter vor solchen Folgen zu schützen. Bei Geschlechtskrankheiten wird er den wahren Charakter seiner Leiden verheimlichen, selbst auf die Gefahr hin, daß nicht nur sein eigener Zustand sich verschlimmert, sondern auch andere Personen angesteckt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher in der zweiten Lesung des Abänderungsentwurfs zu jenem Paragraphen den Antrag gestellt, die Worte: „oder durch geschlechtliche Ausschweifungen“ zu streichen. Dadurch wäre die verderbliche Wirkung jenes Paragraphen für die Verschlimmerung und weitere Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten beseitigt. Der Antrag fand auch die entschiedene Zustimmung bürgerlicher Abgeordneter,

so des inzwischen verstorbenen nationalliberalen Sanitätsrats Dr. med. Krupe. „In ärztlichen Kreisen“, führte dieser u. a. aus, „ist gar kein Zweifel darüber, daß es geradezu unverständlich ist, diese Worte noch beizubehalten. Gerade das, was man verhindern will, die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, wird unzweifelhaft dadurch gefördert, wenn man diese Strafbestimmung für die geschlechtlichen Krankheiten aufrecht erhält.“ Wegen den sozialdemokratischen Antrag erhob sich kein einziger Redner — trotzdem stimmten die Konservativen und das Centrum den Antrag nieder.

Zu der dritten Lesung brachte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag von neuem ein. In der Debatte über diesen Antrag traten wieder dieselben Redner wie in der zweiten Lesung für den Antrag ein und zwar naturgemäß mit denselben Gründen. Nur der sozialdemokratische Redner führte eine neue Thatsache ins Feld, daß sich nämlich inzwischen der Krankentassenkongreß einmütig für die Streichung jener Worte erklärt hatte. Hierauf traten auch die Gegner des sozialdemokratischen Antrages auf. Zuerst der „große“ Sozialpolitiker des Centrum, der Professor für christliche Gesellschaftswissenschaft, Dr. Hise, der sich gegen den Antrag im Namen der — Gerechtigkeit aussprach. „Prinzipiell“, so erklärte er, bedeute der Antrag „einen unerbittlichen Zwang gegenüber den soliden Arbeitern, zu zahlen, um für geschlechtliche Ausschweifungen auch noch eine höhere Rente zu gewähren. Nach unserer Auffassung der Dinge geht es doch zu weit, daß wir selbst zugezogene Invalidität, selbst zugezogene Krankheit auch noch auf Kosten der Arbeiter und Arbeitgeber prämiieren sollen.“ Unsere Genossen antworteten diesem Priester der christlichen Nächstenliebe: sie seien überzeugt, daß die Arbeiter, auch die Centrumsgläubigen, gerne einige Pfennige zu opfern bereit sind, um dazu beizutragen, daß diese Krankheit, unter der ihre Brüder und ihre Schwestern zu leiden haben, eingedämmt wird. Nun eilte dem geistlichen Herrn der Arbeiter-Vertreter des Centrum, der in letzter Zeit so still gewordene Abgeordnete Stöbel, zur Hilfe herbei und bezeugte: wenn auch nicht alle Arbeiter, so würden doch „sehr viele“ Arbeiter gegen den sozialdemokratischen Antrag protestieren. „Da täuscht man sich doch“, fuhr er dann wörtlich fort, „wenn man glaubt, das Sittlichkeitsgefühl bei den Arbeitern sei so abgestumpft, daß sie dafür kein Empfinden mehr hätten.“

Glücklicherweise war aber an diesem Tage die Linke besser besetzt als das Centrum und die Rechte, und deshalb gelang es, den sozialdemokratischen Antrag zur Annahme zu bringen. Seit Inkrafttreten des neuen Invalidenversicherungsgesetzes werden infolgedessen diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche von Geschlechtskrankheiten heim-

gesucht sind, wenigstens so weit es die Invalidenversicherung betrifft, nicht mehr geschädigt.

Was ist daraufhin geschehen? Haben die Centrumsarbeiter sich wirklich zu den angekündigten Protesten hergegeben? Uns sind solche Proteste nicht bekannt geworden. Dagegen stellt das jetzt veröffentlichte Rundschreiben des sächsischen Ministeriums des Innern eine Antwort auf das Verhalten des Centrum in dieser Angelegenheit dar, wie sie schmähtlicher für die „fromme“ Partei gar nicht ausfallen konnte. Denn das sächsische Ministerium, das doch wohl selbst dem Centrum nicht einer zu großen Sympathie für die Sozialdemokratie verdächtig ist, hat sich, gestützt auf das Gutachten des sächsischen Landesmedizinalkollegiums, auf genau denselben Standpunkt gestellt, wie s. B. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Und die Forderung des sächsischen Ministeriums, daß auch auf dem Gebiete der Krankenfürsorge im allgemeinen Interesse jede Strafbestimmung gegen Geschlechtskranke so bald wie nur irgend möglich beseitigt werde, ist nichts als die selbstverständliche Konsequenz der Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

Wie aber stellt sich das Centrum zu dem Rundschreiben des sächsischen Ministeriums des Innern? Von irgend einer Protestbewegung ist gar keine Rede; nicht einmal die Centrumspresse wagt noch einen ernsthaften Einspruch gegen das Vorgehen des Ministeriums in dieser Sache. Das Centrum verzichtet also wohlweislich gegenüber dem ministeriellen Rundschreiben auf jene Sittlichkeitskomödie, mit der es noch bei der Reform der Invalidenversicherung so viel Lärm machte. Damit gesteht es selbst ein, daß es sich damals aus Unverständnis und Engherzigkeit gegen eine Maßnahme gestraubt hat, die zu einer selbst nur einigermaßen wirksamen Bekämpfung der furchtbaren Geißel der Geschlechtskrankheiten unerlässlich ist, sich aber freilich mit dem besonderen Begriff der Centrumssittlichkeit nicht verträgt.

Politische Heberstädt.

Die Lebendigen und die Toten.

„Herr v. Frege gehört bereits zu den politisch Toten“ — mit dieser Bemerkung suchte das Organ des Bundes der Landwirte die von uns schon gestern registrierte Heberei des ehemaligen Vizepräsidenten des Reichstags abzuhängen, daß mancher von den Konservativen nur unter dem Zwang der Parteidisziplin sich auf die Tarifräße der Kommissionmehrheit verleihe, obgleich er vielleicht innerlich ganz anders denke. Und fast zu gleicher Zeit, da Herr v. Frege als eine politische Geisterstimme aus dem Jenseits des Fraktionshaders den noch im Jammerthal der politischen Parteidiskussion Weiland diese tröstliche Offenbarung zurief, ließ sich der bisherige Vorsitzende der Sozialkommission, der Ueberagrator Metlich, im konservativen Kreiswahlverein

Seuiletton.

Das tägliche Brot.

Roman von Klara Diebig.

So rasch sollte Bertha noch nicht loskommen. Das Fräulein ließ sie vorderhand nicht aus den Augen, folgte ihr in die Küche und wieder ins Zimmer, und aus dem Zimmer wieder in die Küche. Sie war keinen Augenblick frei. Als sie den Tisch zum Abendbrot deckte, ging die Haberborn mit ihr ab und zu, und wenn sie gehofft hatte, die Herrin würde dann drinnen bleiben und essen, so hatte sie sich auch hierin getäuscht. Das Fräulein erklärte, noch keinen Hunger zu haben und eine Weile warten zu wollen; Bertha sollte ihr einstweilen einen verfilzten Strang Garn halten.

Die peinvolle Ungebuld, die gierige Sehnsucht Berthas nach dem erlösenden Schluck, wandelte sich allmählich in stumme, verbissene Wut. Als ob die's gehaut hätte, und sie nun zum Tort nicht locker ließ, sie quälte bis aufs Blut!

Ihre Zähne preßten sich aufeinander; unachtsam hielt sie das Garn, sah nicht die Schlingen, ließ ganze Strähnen von den Händen gleiten und verzögerte so das Entwirren nur immer mehr. Aber das merkte sie nicht; ihr einziger Gedanke war nur: Wie komme ich los?! Der Süße, der Süße! Nur einen Schluck!

Seht hatten sich die Fäden ganz fest um ihre Hände gewickelt, sie hielten die unruhig zuckenden Finger förmlich umwunden. Bertha stieß einen dumpfen Laut aus

— ha, sich jetzt losreißen mit Gewalt, die Zähne zu Hilfe nehmen, die Fäden durchbeißen, wenn's nicht rasch genug ging! Nur los!

Unwillkürlich zeigte sie ihre scharfen, spigen Zähne, ihre Arme machten eine krampfhaft zuckende Bewegung, ihr Gesicht verzerrte sich vor Ungebuld.

Und Fräulein Haberborn, die vor ihr auf dem Stuhle saß, wickelte und wickelte, langsam und bedächtig; steckte hier den Knäuel durch eine Schlinge und da wieder, zapfte dort mit spigen Fingern und löste jetzt ein besonders festes Knötchen mit der Nadel.

Bertha unterdrückte ein Stöhnen — oh, wie schlecht war ihr! Der Magen schien ganz leer, ganz verschrumpft, und dabei war ihr übel, übergewollt. Inwendig, Kehle, Hals und Brust waren nur mehr eine ausgebrannte Furche, die nach einem Tropfen lechzt. Und ganz von unten herauf stieg es ihr wie ein Knäuel, an dem sie würgen mußte; in der Mundhöhle lief ihr der Speichel zusammen, trotzdem fühlten sich Zunge und Gaumen ganz trocken an. Sie konnte auf einmal nicht schlucken, und mußte es doch unausgesetzt versuchen; ein Angstgefühl stellte sich dabei ein.

Und gerade mitten auf der Brust zog sich ihr krampfhaft zusammen; wie mit einem Messer bohrtet sich ihr da Stiche ein, furchtbare, entsetzliche, qualende Stiche. Und immer rascher folgten die Stiche, von dem Mittelpunkt schnitten sie herüber nach den Schultern und fuhrten weiter herum nach dem Rücken. Ihre ganze Brust war ein Weh, das Kreuz wollte ihr durchbrechen. Und dabei die Angst, die furchtbarliche Angst. Kalter Schweiß brach ihr aus. Sie schnappte nach Luft — der Atem blieb weg. Jetzt schreien, schreien dürfen!

Ihre tief erblassten Lippen zitterten, ihre Augen wurden ganz stier. Nur nicht mehr die Fäden sehen, dieses ewige Knüpfen und Zupfen und Durchstecken! Füße und Hände, durchkrübbelt von tausend Ameisen, waren ihr wie gelähmt und eiskalt. Die Stube fing an, sich mit ihr im Kreise zu drehen. Ach, nur schnell einen Tropfen, sonst würde sie ohnmächtig!

Die Wanduhr schlug neun. Fräulein Haberborn schlang den letzten Rest Faden um den Knäuel. „So, nun bringen Sie mir den Thee!“

Bertha wankte nach der Küche. An der Wand tastete sie sich entlang, sie sah nichts mehr, sie konnte kaum stehen, aber die Bier gab ihr Kraft. Hastig riß sie die Flasche hinter der Kiste hervor. Den Pfropfen heraus — schon der Duft belebte sie neu — schnell ansetzen —

Etwas Eigentümliches ließ sie inne halten. Sie sah es nicht, aber sie fühlte es, ein Auge ruhte auf ihr; sie hörte nichts und doch war da jemand. Erschrocken fuhr sie herum —

Da stand Fräulein Haberborn, lang und schwarz und regungslos, und starrte sie an.

Berthas Arme knieten ein, die Hand, die die Flasche hielt, sank schlaff herunter.

„Was trinken Sie denn da?“

„Ich — ich —!“ Weiter brachte Bertha nichts heraus, sie war betäubt von Schreck.

Oh, die furchtbare Schwarze! Die furchtbaren Augen!

Alle Schauer abergläubischen Entsetzens, alle Schrecken einer verirren Phantasie überfielen das Mädchen. Wie war die da hinter sie gekommen, so lautlos, ohne Trittschall, ohne Atemzug?! Die schwarze Gestalt wurde zum Riesenschatten, der immer höher und höher wuchs.

für den 5. mecklenburgischen Wahlkreis dahin vernehmen, daß die Konservativen vielleicht noch „etwas“, aber nicht „ganz“ nachgeben können, da dies der politische Tod der konservativen Partei wäre.

Diese wunderbare Übereinstimmung zwischen den beiden Konfessionen von agrarischer Seite läßt fast auf eine Art von prästabliertem Harmonie in den agrarischen Gehirnsphären schließen. Herr Kettlich hält das Nachgeben der Konservativen in der Tariffrage für gleichbedeutend mit dem politischen Ableben der konservativen Partei, und die agrarische Deutsche Tageszeitung konstatiert, daß Herr v. Frege bereits daran gestorben sei, daß er vom Baume der Erkenntnis des 5-Mark-Tarifs gegessen habe. Es scheint hier eine seltsam tiefe agrarische Mystik zu Grunde zu liegen, der der profane Wirklichkeitsinn nicht ganz leicht folgen kann.

Wenn wir recht verstehen, so bedeutet für die Agrarier der Verzicht auf Ueberbrotwucher und Ueberfleischwucher das Ende des politischen Nirwana. Nachdem die agrarischen Herrschaften ein ganzes Jahrzehnt lang ihre Agitation auf den Ueberzoll konzentriert haben, sind sie jetzt unversehens dahin gekommen, daß der Ueberzoll eine Existenzfrage für die Parteien geworden ist, die sich seine Parole angeeignet haben. Man wählt nicht umgestraft jahrelang die Instinkte der bäuerlichen Bevölkerung auf; eines schönen Tages findet man sich selbst auf den Forderungen festgenagelt, die man in unverantwortlicher Agitation laudens laudab gepredigt hat, und kann sich von ihnen nicht losreißen, ohne daran zu verbluten. Die Agrarier müssen jetzt fest bleiben, wenn sie in der süßen Gewohnheit des Daseins weiter verbleiben wollen, und jeder Schritt, den sie sich von der äußersten Linie entfernen, auf die sie sich festgelegt haben, bedeutet für sie einen Verlust von politischem Leben, ein Schritt zum politischen Tod. In diesem Sinn wird auch Herr v. Frege von dem Organ der Reichshändler als „ein Mann“ gefeiert, der mit antiker Seelengröße selbst ins Reich der Schatten gegangen ist, nachdem er den großen Irrtum seines politischen Daseins durchschaut hatte.

Die Alltägliche Zeitung hatte dieser Tage dieses Sanges und Bangens der Agrarier zwischen Sein und Nichtsein zum Gegenstand einiger heiterer Bemerkungen gemacht und dabei beläufig die Schuld an der ekkigen Lage der Konservativen dem — allgemeinen Wahlrecht zugeschrieben. Die Kreuzzeitung greift dies sofort verständnisvoll auf und bestätigt, daß „die Versworrenheit der Lage“ allerdings nur dem verdamnten Reichstagswahlrecht geschuldet sei. Natürlich: wenn es kein Reichstagswahlrecht gäbe, so hätte die Parteigeschichte überhaupt keinen Mund der Landwirte erlebt; wenn es nicht gälte, die Wauernstimmen für den agrarischen Schwindler einzufangen, hätten sich die ostelbischen Herrschaften niemals zu ihrer wüsten Demagogie herabgelassen. Das Reichstagswahlrecht ist also in letzter Linie schuld daran, daß die Herren jetzt den Bauern gegenüber auf ihren demagogischen Forderungen feststehen; man ändere das Reichstagswahlrecht, und die Konservativen werden auf Junkerwort versprechen, die Bauern in Zukunft mit ihren demagogischen Kunststücken in Ruhe zu lassen.

Das Reichstagswahlrecht — das ist das tiefe Mysterium, das die politischen Lebensbedingungen der agrarischen Aristokratie so unerquicklich gestaltet, daß sie nunmehr nur die Wahl haben, eine Oppositionspartei zu werden oder politischen Selbstmord zu begehen. Bestände das Reichstagswahlrecht nicht, so wären die Stimmen der bäuerlichen Wähler nicht zu fürchten, die einen Umfall der Konservativen nie verzeihen werden, so wäre auch die sozialdemokratische Gefahr nicht so brennend, die jetzt insbesondere das Brodwuchererwande Centrum bedroht. Man könnte die demagogischen Muskeln und Sehnen, mit denen sich die Brodwucherpartei an die bäuerlichen Plebejermassen festgewachsen haben, mit einem leichten Klutwerk durchsäuen, und der ostelbische Aar würde seinen standesgemäßen Höfensflug auf den goldenen Fittigen eines neuen Censurwahlrechts von neuem beginnen.

Das Reichstagswahlrecht — das ist die Lebenslust der jehigen Parteien. Es entscheidet über Leben und Tod. Wenn sich für die Agrarier diese Atmosphäre nicht als respirabel erweisen sollte, kann man sich etwa denken, welche Moral sie aus ihrer Niederlage ziehen werden. Die Resignation des Herrn v. Frege werden sie wohl in ihrer Mehrheit nicht besitzen.

Die niederösterreichische Landtagswahl

Aus Wien wird uns geschrieben: In der ersten Novemberwoche finden in einigen österreichischen Kronländern Neuwahlen für den Landtag statt. Außerhalb Niederösterreichs sieht man ihrem Ausgange mit sehr geringer Spannung entgegen; denn es ist kein Zweifel, daß das alles beim alten bleiben wird, um so mehr, als das sehr beschränkte Wahlrecht eine lebhaftere Bewegung von vornherein ausschließt. Dagegen ist die niederösterreichische Landtagswahl dank den besonderen Umständen, unter denen sie sich vollziehen soll, ein politisches Ereignis von großer Tragweite. Die österreichischen Landtage sind als gesetzgebende Körper-

schaften fast ganz belanglos, haben aber dafür auf dem Gebiete der Verwaltung sehr wichtige Tätigkeitsgebiete. Die öffentlichen Wohlfahrtsanstalten, die Spitäler und die Volksschulen sind vom Landtage abhängig — durchwegs Institutionen, die das Proletariat interessieren. Dazu kommt noch, daß die Landtage eine Machtquelle für die bürgerlichen Eliten sind, denen sie, abgesehen von den wohl-dotierten Landesauschüssen noch die Gelegenheit bieten, mit Steuergeldern zu disponieren. Kein Wunder, daß da die Arbeiterklasse seit einigen Jahren den Landtagen ein erhöhtes Augenmerk zuwendet und auch für diese Körperchaften das Wahlrecht anstrebt.

Wenn nun die niederösterreichische Landtagswahl als ein bedeutendes politisches Ereignis gilt und mit Spannung erwartet wird, so liegt das vor allem daran, daß in Niederösterreich seit einiger Zeit die Arbeiterchaft ein halbwegs ausgiebiges Wahlrecht hat. Sie hat es nicht der Einsicht der christlichsozialen Beherrscher des Landes zu danken, sondern einfach einer Seiebung im Censur, die das neue Einkommensteuergesetz verursacht hat. Es sind allerdings nur die bessergestellten Schichten der Arbeiterchaft, die auf diese Weise das Wahlrecht erlangt haben, aber diese sind die Kerntruppe der Sozialdemokratie, und ihr Verhalten im Wahlkampfe stößt den christlichsozialen Landesmachthabern schwere Besorgnis ein. Sie werden sich bei der Wahl jedenfalls sehr unangenehm fühlbar machen und in einigen Bezirken durch das lugetreue Kleinbürgertum samt seinem Trost von abhängigen Existenzen, wie den Polizisten, den Gemeinbediensteten, den kleinen Staatsangestellten, kaum zu kompensieren sein.

An sich ist diese Landtagswahl schon deshalb wichtig genug, weil im Wirkungskreise des niederösterreichischen Landtages die Stadt Wien liegt. Ihre besondere politische Bedeutung gewinnt sie dadurch, daß der niederösterreichische Landtag bisher die Hochburg der christlichsozialen Parteiherrschaft war. Es gilt nun, diese zu erstürmen, und es ist auch einige Aussicht dazu vorhanden. Die Städte des flachen Landes haben sich seit einiger Zeit von Dr. Lueger enttäuscht abgewendet und sie werden ohne Zweifel keine Christlichsozialen mehr wählen. Wenn nun noch die Sozialdemokratie einige Wiener Mandate erobert, dann ist die Majorität und damit das Uebergewicht der Christlichsozialen in der Landesstube beim Teufel. Das ist nun ein Ziel, das des Schwesches der Edlen wert ist; denn die Parteiherrschaft der Christlichsozialen ist ganz etwas anderes als die Parteiherrschaft irgend einer anderen bürgerlichen Gruppe. Was sie für die Korruptionierung unseres öffentlichen Lebens bedeutet hat, das läßt sich in wenigen Worten nicht einmal andeuten. Nur wer die Christlichsozialen bei ihrem Wirken beobachtet hat, kann wissen, bis zu welchem Grade von Willkür, brutaler Rechtsverachtung und schamloser Ventegier eine Parteiherrschaft ausarten kann. Wenn man noch dazu bedenkt, daß die Luegerpartei eine demagogische Vorhut der Merkanten ist, daß sie die schlechtesten Instinkte des vormärzlichen schwarzgelben Oesterreichertums bei ihren Anhängern zu neuer Blüte gebracht hat, so wird man begreifen, daß die Niederwerfung der christlichsozialen Landtagsmajorität eine schwere Niederlage der Reaktion überhaupt bedeuten würde.

Es ist unter solchen Umständen kein Wunder, wenn die Sozialdemokratie, ohne mit den gleichen Weife an der Ueberwältigung Luegers interessierten bürgerlichen Parteien geradewegs Kompromisse einzugehen, den Kampf ganz einseitig gegen die Luegerei führt. Sie gesteht ganz offen, daß es ihr vor allem darum zu thun ist, die Herrschaft der Christlichsozialen zu brechen, und daß sie daher in allen Bezirken, wo ihre eigenen Kandidaturen wenig Aussicht hätten, den bürgerlichen Gegnern Luegers freie Hand läßt. Diese machen es ebenso; denn der fürchtbare Druck des christlichsozialen Regimes läßt momentan alle anderen Erwägungen zurücktreten. Eine Gefahr, daß die etwaigen bürgerlichen Besieger Luegers eine ähnliche Parteiherrschaft in der Landstube etablieren könnten, besteht nicht. Erstens bilden sie überhaupt keine einheitliche Gruppe, zweitens würde es gerade dadurch, daß die Sozialdemokratie einige Mandate innehatte, zu einer Majoritätsbildung im Landtage gar nicht mehr kommen können. Die sozialdemokratische Fraktion wäre das von allen Seiten umworbene „Jünglein an der Wage“ und gewänne dadurch eine Nachstellung, die auf die Verwaltungstätigkeit des Landtages, zumal auf dem Gebiete des Schul- und Sanitätswesens, von wohlthätigsten Einflüsse wäre.

So bereitet sich denn ein Sturmkauf auf die starke Position der Christlichsozialen vor. Vielleicht gestngt es ihnen diesmal noch, ihre Majorität zu behaupten, aber daß ihre Macht nicht für die Dauer gegründet ist, das wird ihnen aus der ungewöhnlich großen Zahl der gegnerischen Stimmen fürchtbar klar werden.

Deutsches Reich.

Ein politisches Ueberbrett.

In der deutschen Welt kann nichts mehr passieren, ohne daß es zur Komödie, zum Theater wird. Der ganze profanische Entwicklungsgang der Ereignisse erscheint hier als Bühnenstück; die untergeordneten Konfliktenschiebungen werden in stark dekorativer Ausstattung vorgeführt, und rascher, plötzlicher Szenenwechsel ist die wirkungsvollste Kunst der Regie. Dabei hat der neueste Akt alle die verschiedenen Zwischengattungen zwischen der ersten, ehrenden Schauspielweise und dem leichtgeschätzten „Breit“ längst vorausgedacht und abend vorab betätigt, ehe Herr v. Wolzogen diese Kunstform auf den Brettern heimlich zu machen suchte, und das Ueberbrett des Grafen Bülow hat das des Herrn v. Wolzogen überlebt. Die neueste Nummer dieser Kunstgattung wird jetzt durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung recitiert. Da heißt es:

In einer Reihe von Blättern wurde behauptet, daß die Audienz der Burengenerale bei dem Kaiser nunmehr endgültig feststehe. Demgegenüber sind wir in der Lage, folgendes mitzutellen:

Nachdem es zur Kenntnis des Kaisers gelangt war, daß die Führer der ehemaligen Burenarmee, Votla, Dewet und Delarey, nach Berlin kommen würden, erging am 18. September der allerhöchste Befehl, die Generale dahin zu verständigen: der Kaiser sei bereit, sie zu empfangen, vorausgesetzt, daß sie sich in Deutschland von jeder antienglischen Agitation fernhalten und bei dem Kaiser durch Vermittlung des englischen Votschafers anmelden lassen würden. Hierauf erklärte General Dewet für sich und seine Kameraden, daß sie mit den Bedingungen, unter denen ein Empfang bei dem deutschen Kaiser stattfinden könnte, einverstanden wären.

Nach einer am 6. Oktober aus dem Haag eingegangenen amtlichen Meldung sind die Generale jedoch inzwischen anderen

Sinnes geworden: sie erheben jetzt Bedenken dagegen, eine Audienz nachzusuchen, und erwarten vielmehr eine Verurteilung durch den Kaiser. Demnach ist die Angelegenheit in negativem Sinne entschieden und erledigt.

Diese hochförmige Notiz des Grafen Bülow läßt im Dunkel, aus welcher Quelle die Motive der plötzlichen Sinnesänderung der Burengenerale geflossen sind. Wer die offiziös gepfeifte Presse verfolgte, kann sich diese Lücke un schwer ergänzen. Die vom Auswärtigen Amt gefütterte Presse heyt schon seit Wochen gegen den Besuch der Burengenerale in Berlin, und diese Hebe hat noch bis in die jüngste Zeit angedauert, nachdem bereits am 18. September die Verrikschaft des Kaisers, die Generale zu empfangen, diesen kundgegeben war und sie sich auch den Bedingungen des Empfangs unterworfen hatten. Ob das Auswärtige Amt von dieser Einladung nicht verständigt war, oder ob es trotz der Einladung auf eigene Faust weitergehen ließ, ist für das harmlose Zuschauerpublikum un durchsichtig geblieben. Geung, die Burengenerale scheinen den ungsüßlichen Tamtam der Offiziösen tragischer genommen zu haben, als er es verdiente, und haben sich die Sache noch einmal überlegt. Das Resultat dieser Ueberlegung war der Widerruf ihrer Bereitwilligkeit, sich dem Hofceremoniell, das die Einführung der britischen Unterthanen durch den englischen Votschafers fordert, zu unterwerfen.

Vor wenigen Wochen noch schrieb ein englisches Blatt, der Kaiser werde die Buren nicht empfangen, wenn ihm der Wille des englischen Volkes Befehl sei. Die alldutsche Presse hat damals über diese unmaßliche und ansonstige Schreibweise gewillt; jetzt ist es thatsächlich wahr geworden, was die englische Presse verlangt hat: Der Kaiser wird die Burengenerale nicht empfangen. Die englische Chauvinistenpresse und die deutschen Offiziösen haben sich einträchtiglich in die Hände gearbeitet, um den Grafen Bülow als Regisseur einer sensationellen politischen Ueberbreitnummer erscheinen zu lassen.

* Berlin, 9. Oktober. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Graf v. Posadowsky, erläßt eine Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen für den Reichshandel mit Garn, vom 20. November 1900. Auf Grund der Vorschriften im § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unläteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 (Reichsgesetzbl. S. 145) hat der Bundesrat eine Reihe von Bestimmungen, betreffend den Kleinhandel mit Garn, beschlossen. Die Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1903 in Kraft.

Die Vorstehenden des Ostmarkenvereins, Tiedemann, Wagner und Raschbau erhoben gegen Professor Delbrück eine Privatklage wegen Beleidigung. Anlaß dazu boten Äußerungen des Professors Delbrück in einem Artikel gegen die Polenpolitik der Regierung.

General Louis Votha ist gestern abend 11 Uhr mit zwei Sekretären hier eingetroffen und hat im Grand Hotel de Russie Wohnung genommen.

Der Beirat für Arbeiterstatistik, die neue Körperschaft, welcher die Arbeiten der früheren Kommission für Arbeiterstatistik zugewiesen sind, wird am 22. Oktober zum erstenmal im Gebäude des Statistischen Amtes zusammenzutreten. Der Beirat besteht aus folgenden Personen: Präsident des Statistischen Amtes Dr. Wilhelm, Vorsitzender, sächsischer Geheimrat Dr. Fischer, stellvertretender Vorsitzender. Vom Bundesrat sind folgende Mitglieder gewählt: Preussischer Geheimrat Regierungsrat Neumann, bayerischer Centralinspektor für Fabriken und Gewerbe, Regierungsrat Boellath, badischer Geheimrat Bundesratsbevollmächtigter v. Schöber, bairischer Geheimrat Regierungsrat Freiherr v. Bobmann, bairischer Ministerialrat Braun und der meiningensche Regierungsrat Oberländer. Vom Reichstage gewählt Mitglieder sind: Bauernmeister (Reichsp.), Seyl zu Herrnsheim (nat.-lib.), Sipe und Lotcha (Centrum), Jakobstötter (sonst.), Mollenbuhr (Soz.), Schmidt-Eberfeld (freif. Volksp.). Die Tagesordnung der ersten Sitzung besteht aus folgenden Beratungsgegenständen: 1. Bericht über die bisherige Tätigkeit der Abteilung für Arbeiterstatistik. 2. Entwurf der Geschäftsordnung des Beirats für Arbeiterstatistik. 3. Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift durch die Abteilung für Arbeiterstatistik. 4. Bestellung von Berichterstattern für die Erhebungen über die Arbeitszeit im Innenschiffahrts- und im Fuhrgewerbe. 5. Weitere Behandlung der Erhebungen über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in solchen Comptoiren des Handlungsgewerbes, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, sowie der dazu vorliegenden Eingaben. 6. Wahl von Ausschüssen. 7. Geschäftliche Mitteilungen.

Die Herausgabe eines monatlichen Organs setzt eine etwas ausgebehutere Arbeit voraus, als sie bis jetzt von der Kommission für Arbeiterstatistik geleistet werden „durfte“. Wir hoffen, daß das so überaus wichtige Feld der Sozialstatistik hier eine gut funktionierende Centrale erhält.

Ein deutscher Kolonialkongreß, für den merkwürdigerweise verhältnismäßig wenig Melanc gemacht wurde, findet nun am Freitag und Sonnabend den 10. und 11. d. M. in Berlin im Reichstagsgebäude statt. Als Veranstalter werden in einem Auftrage 63 Vereine und dergleichen genannt. Die Mehrzahl der Korporationen bilden charakteristischere Missionsgesellschaften, nämlich 13 evangelische und 12 katholische, während nur 5 industrielle bezw. kaufmännische Gesellschaften dazu gehören, außerdem beteiligen sich resp. laden ein 15 Gesellschaften für Erdkunde und 7 wissenschaftliche Staatsanstalten. Einigen Teilnehmern des Kongresses kann man schon ein halbwegs objektives Urteil über Lage und Wert auch der deutschen Kolonien zutragen, so daß, wenn diese Teilnehmer nicht von den Kolonialsegen ganz unterdrückt werden, der Kongreß auch für ernsthafte Politiker vielleicht nicht ganz uninteressant wird.

Eine merkwürdige Geschichte erzählt der Drendonoff: „Vor Anknst des Kaiserpaars in Posen befehlt die Polizei dem Besitzer eines Hauses auf der St. Martinstraße, sein Haus neu abputzen zu lassen. Der auf die Polizei Citierte erklärte, daß sein Haus erst vor sechs Jahren geputzt worden sei und zwar mit einem Kohnaufwande von 1500 Mk. Heute würde dies bei den erhöhten Arbeitslöhnen wesentlich mehr kosten. Anmittelbar darauf erhielt der Hausbesitzer die polizeiliche Aufforderung, entweder das Haus sofort malen zu lassen oder der Polizei 700 Mk. zu bezahlgigen, damit diese die äußere Erneuerung vornehmen könne. Er that keines von beiden. Darauf ersuchen ein Magistratsbeamter bei dem Hausbesitzer mit dem Auftrage, die 700 Mk. einzuziehen, wozu er sich aber nicht verstehen wollte. Infolgedessen erklärte der Magistratsbeamte, daß der Magistrat nunmehr gezwungen wäre, auf die Miete Verzicht zu legen.“ So der Drendonoff. Der Fall wäre sehr interessant und wichtig für Hausbesitzer.

Militärjustiz. Wegen Mißhandlung Untergebener war der Sergeant Knapp des Grenadierregiments Nr. 119 vor dem

Bertha fürchtete sich; ohne Widerstreben ließ sie sich die Flasche aus der Hand nehmen.

Das Fräulein roch daran. „Was, Schnaps? Sie trinken Schnaps?“

Bertha stand wie eine Gerichte; jetzt sank sie wimmernd auf den Küchenstuhl und schlug die Hände vor's Gesicht, sie zitterte am ganzen Leib.

Die Haberform betrachtete das Mädchen stumm mit ihren schwarzen Augen — was würde die nun sagen?! Minuten vergingen. Bertha sprach kein Wort; nur ihr Zittern wurde immer stärker.

Ei, die hatte ja Angst! Das Fräulein redte sich mutig auf. „Was Sie schämen sich nicht, in meinem Hause Schnaps zu trinken? In einem anständigen Hause! Und bei Ihrer Jugend?! Haben Sie denn gar keine Achtung vor sich selber? Nehmen Sie keine Rücksicht auf Ihre Herrschaft, auf Ihre eigene Zukunft? Wissen Sie denn nicht, im Branntwein steckt der Teufel?! Also daher die schlechten Jejunisse und immerfort das Wechseln?! Trinken Sie schon lange? Sie trinken wohl oft?“

Keine Antwort.

„Eine Säuerin! Also eine komplette Säuerin! Fünf! Wollen Sie den Weg gehen, den leider so viele aus unteren Ständen gehen? Trunksüchtige Männer, trunksüchtige Weiber. Trinken ist aller Laster Anfang, es führt zum Verbrechen. Oh —!“ Das Fräulein schauderte nun doch und jah sich um, als lauere schon einer auf sie.

(Fortsetzung folgt.)

Leipziger Kriegsgericht dieser Tage angeklagt. Er hatte beim Leben der Spielleute dem Grenadier Fischer im Horn eine Dose auf das rechte Ohr verfehlt, so daß das Trommelfell zerbrach. Die Verlesung machte eine achtwöchentliche Lazarettbehandlung notwendig und wird eine geringe dauernde Minderung des Hörvermögens zur Folge haben. Das Gericht erkannte drei Wochen (!) gelinden Arrest. Wegen des gleichen Vergehens war angeklagt der Vicefeldwebel Rabholz des Infanterieregiments Nr. 125, und wegen Mißbrauchs der dienstlichen Stellung zum Zwecke, einen Untergebenen zur Begehung einer unehrenhaften Handlung zu veranlassen, und wegen Verlebens eines Angehörigen der Sanitätsbrigade Schiebel. Rabholz hatte dem Grenadier Rapp, während derselbe anlässlich einer Übung auf dem Boden lag, wegen Unachtsamkeit von hinten einen Stoß mit der Säbelklinge auf den Kopf verfehlt, der eine Wunde verursachte; dadurch mußte Rapp 13 Tage im Lazarett zubringen. Beim Verbinden bemerkte Schiebel dem Rapp, er solle dem Offizierarzt angeben, die Wunde sei dadurch entstanden, daß ihm ein Waschbecken auf den Kopf gefallen sei. Das Urteil lautet bei Rabholz auf 10 Tage gelinden Arrest und bei Schiebel auf 6 Tage Mittelarrest!

Geschesunkennnis der Polizei. Ein Fürstengraf der Baumeister hatte daselbst ein Grundstück erstanden und als Verwalter desselben den M. u. S. und C. in die Dienste S. eingesetzt. Letzterer glaubte kraft seines Amtes gegen die Mieter besonders schneidig auftreten zu können. Als ein ihm unbequemer Mieter sein einige Tage vor dem 1. Oktober gestelltes Ansuchen, die Wohnung sofort zu räumen, zurückwies, ließ S. am 1. Oktober in Abwesenheit des Mieters und seiner Frau — der Mann arbeitet die Woche über in Berlin, die Frau war nach der Stadt gegangen — die verschlossene Wohnung durch einen Schlosser aufbrechen und sämtliche darin befindliche Sachen samt den fünf Kindern des Mieters herausheben. Die Sachen wurden einfach auf das neben dem Hause befindliche freie Feld geworfen. Als die Frau des Mieters aus der Stadt zurückkam, fand sie ihr bisheriges Hab und Gut dem Felde vor, umstanden von ihren fünf weinenden Kindern. Auch eine sofort bei dem Gemeindevorsteher und dem Amtsvorsteher verfaschte Intervention hatte keinen Erfolg, die Herren erklärten einfach, die Polizei habe das Recht zum Ermitteln.

In den bayerischen Gemeindevahlen. In Nürnberg finden die Gemeindevahlen am 22. November statt. Unsere Partei wird hierbei wieder selbstständig mit einer Kandidatenliste auf den Plan treten. Wie bekannt, hat die Gesellschaft, die gegenwärtig das Heft der Stadtverwaltung in den Händen hält, die Anträge des Sozialdemokratischen Vereins auf Erleichterung der Erwerbung des Gemeindevahlrechts und Einführung der Bezirkswahlen, wodurch es möglich gewesen wäre, wenigstens einige unserer Kandidaten ins Rathaus zu bringen, unter nichtigen Vorwänden abgelehnt. Die Hauptmasse der Einwohner Nürnbergs entbehrt jeder Vertretung in der Gemeinde; die Herren, die bis jetzt dort regierten, haben sich immer nur als Vertreter der Kapitalinteressen erwiesen.

Die ganze Widersinnigkeit des bayerischen Gemeindevahlrechts erkennt man deutlich, wenn man sich die Ziffern der Wahlberechtigten betrachtet. Das Wahlrecht ist von dem Besitz des Bürgerrechts abhängig, dessen Erwerbung an Voraussetzungen gebunden ist, die der Minderbemittelte schwer erfüllen kann. Nürnberg hat ca. 10000 Gemeindevahlberechtigte; bei der Stichwahlberechtigung im Jahre 1900 waren 55600 Einwohner zur Abgabe ihrer Stimmen berechtigt. Also mehr als 1/2 der Stichwahlberechtigten sind bei der Gemeindevahl rechtlos. Und diese Rechtlosigkeit wird von dem freisinnigen-liberalen Massenregiment mit allen möglichen Mitteln aufrecht zu erhalten gesucht. Trotz alledem aber wird die sozialdemokratische Partei mit voller Kraft in den Kampf eintreten und sie hat hierzu schon alle Vorbereitungen getroffen.

In Würzburg schieden sich unsere Genossen ebenfalls an, einen ernsthaften Sturm auf das Rathaus zu unternehmen. Die Angst vor dem roten Wespen hat nun eine merkwürdige Gesellschaft zusammengeführt. Nationalliberale, Centrum und Volkspartei haben sich miteinander verbündet und eine gemeinsame Liste aufgestellt, zu dem ausgesprochenen Zwecke, die wachsende sozialdemokratische Invasion in die Ratsstube abzuwehren. Eine herrliche Musterkarte!

Kleine politische Nachrichten. Der dänische Minister des Auswärtigen brachte im Landsting die Vorlage betreffend Abtretung der dänisch-westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten von Amerika ein und empfahl scheinige Erledigung der Angelegenheit. — Der Eisenberger Landesauschuss beauftragte den Landtagsabgeordneten Stapinski, der eine aus Landesmitteln subventionierte Studienreise nach Amerika angetreten hat, dort zu prüfen, wie der Schutz der Auswanderer in Europa und Amerika zu dem Zwecke zu organisieren wäre, damit die Auswanderer, insbesondere diejenigen nach den Vereinigten Staaten, in Zwischenstationen vor Ausbeutung bewahrt werden, fernor ob ein Vorgehen der Polen in Amerika zum Schutz der polnischen Einwanderer möglich sei, und welche Erwerbszweige den Einwanderern zu empfehlen seien. — In Sofia traf ein Kurier ein mit einem Telegramm des Kaiserrobersten Nikolos, des Präsidenten des macedonischen Revolutionskomitees in Nis, wonach in ganz Macechien der Aufstand proklamiert ist. Es herrscht deshalb große Erregung.

Belgien.

Die Vurengenerale in Belgien.

Wie uns aus Brüssel unterm 7. Oktober geschrieben wird, hat die Brüsseler Bevölkerung gestern den drei Vurengeneralen einen außerordentlichen Empfang bereitet. Das ganze Angebot von Gendarmen, Militär, Polizei und Feuerweh war schwermütig gegenüber den Volksmassen, die auf die Wagen drängten. Derweis und Delareys zustimmten und die Pferde ausspannen versuchten. Die Fahrt ins Hotel, die nur sehr langsam von statten ging, war für die Generale ein Triumphzug im vollen Sinne des Wortes.

Vor dem Hotel rief die vieltausendköpfige Menschenmenge unzufrieden, bis endlich nach halbständigen Warten die Vuren auf dem Balkon sichtbar wurden. Die Ansprachen, die sie an die Massen richteten, haben nach den heutigen Publikationen — dem abgesehen davon, daß selbst die in der Nähe der Redner stehenden infolge der unaußersichlichen Reclamationen keinen Zusammenhangenden Satz auffangen konnten, sprachen die Generale in ihrem für uns unverständlichen holländischen Pathos — folgenden Inhalt:

Wir sind nicht gekommen, um eine Intervention zu Gunsten unserer Unabhängigkeit zu erhalten. Wir haben uns England unterworfen, und wir werden unsere Abmachungen respektieren. Unsere Reise hat einen philanthropischen Zweck, denn wir sind zurück. Es war leichter, mit den Waffen in der Hand in den Kampf zu gehen, als ein Almosen zu verlangen. Der Schmerz, die Armut unserer Landsleute allein sind unsere Entschuldigung.

Wir haben alles gethan, um unsere Unabhängigkeit zu erhalten. Aber als alles verbrannt und verwüstet war, wie hätten wir den Kampf noch fortsetzen sollen? Wir haben unsere Unabhängigkeit, unsere Nationalität geopfert. 16 000 Vuren sind verwundet, 4000 gefallen, unsere Häuser verbrannt, die Felder verwüstet und unsere Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern dezimiert. Wir sind ein frommes, christliches Volk. Wir haben unsere Unabhängigkeit verloren; Gott hat es gewollt. Wir werden unserer neuen Nation treu bleiben. Wir haben Bedingungen aufgestellt, die man, wie wir hoffen, respektieren wird.

Die 3 Millionen Pfund, die uns England geben will als Entschädigung, ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wir sind darum zu Euch gekommen, Hilfe heischend. Eine Kommission, bestehend aus ehemaligen Mitgliedern des „Volksrates“ wird über die unparteiische Verteilung der eingegangenen Unterstüßungen wachen. Wir appellieren an Euer Herz!

Zu dem am Abend stattfindenden Meeting wiederholten die Generale im großen Ganzen das oben Gesagte. Die Intervener fanden bei den Vurenschaften, besonders bei Votha verschlossene Thüren. Diese südafrikanischen Bauern legten einen feinen Taft an den Tag, der ihrer staatsmännischen Klugheit alle Ehre macht. Ihr heutiges Herankommen aus ihrer Reserve, das Abwerfen der bis dato streng beobachteten Schweigsamkeit läßt schließen, daß sie mit ihren Forderungen in England abgewiesen worden sind. Aber das wiederholte Betonen, als englische Unterthanen gekommen zu sein, die die gezeichneten Akte respektieren und die hoffen, das schönste Blatt im Kranze des Vereinigten Königreichs zu werden, zeigt, daß sie noch nicht alle Hoffnungen aufgegeben haben, günstigere Bedingungen und Beistand zu erlangen und wenn nicht von der englischen Regierung, sodann vom englischen Volke.

Die belgische Presse steht einstimmig und mit ungeteilter Sympathie auf Seite der Vuren und teilweise wagt sie, durch antienglische Demonstrationen Mißstimmung zwischen den Vuren und dem englischen Volke hervor zu rufen.

Morgen werden die Generale Gent und andere belgische Städte besuchen. Am 14. d. M. werden sie in Paris eintreffen.

Großbritannien.

Die japanische Anleihe.

r. London, 7. Oktober. Der Anschluß Japans an England wird immer enger. Heute wird in London eine japanische Anleihe von 5 Millionen Pfund Sterling (über 100 Millionen Mark) aufgelegt, und gleichzeitig wird aus Yokohama gemeldet, daß die japanische Volkschaft in London zum Range einer Genossenschaft erhoben wird. Die Anleihe wird hauptsächlich zum Ausbau der Flotte verwendet, damit Japan im Stande ist, die ihm gebührende Stellung in Ostasien einzunehmen. Denn seit dem Abschluß des englisch-japanischen Vertrags vom 30. Januar 1902 ist die Politik Japans fester denn je darauf gerichtet, China zu reorganisieren und es den modernen Verhältnissen, d. h. dem Kulturideal der herrschenden Klassen Europas anzupassen. Es ist kein hohes Kulturideal, denn es besteht in einer starken Armee und Flotte und in der ungeführten Ausbeutungsfreiheit des Proletariats und der fremden Massen. Dennoch ist es im sozialpolitischen Interesse Europas zu wünschen, daß die Bemühungen Japans von Erfolg gekrönt sein möchten. Nur eine japanische Vorherrschaft in Ostasien würde den preussischen und russischen Raubzügen nach China einigermaßen Halt gebieten. Fünf bis sechshundert junge Chinesen studieren bereits in Tokio, wo jedoch Zeitungen gewoben werden, diesen Erziehungskursplan zu nichte zu machen. Die Mandchu-Dynastie fürchtet den revolutionären Einfluß japanischer Staatsgelehrten und sie ist offenbar bemüht, den Studieneifer der chinesischen Jugend zu zügeln.

Daß England den japanischen Plänen in Ostasien Vorbehalt leistet, geschieht gewiß nicht aus humanitären Beweggründen. England ist imperialistisch gefärbt; seine Politik ist deshalb darauf gerichtet, die gegenwärtigen Machtverhältnisse in Asien und Afrika aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zwecke braucht es ein sechstares Japan, um vereint mit ihm den Flotten Rußlands, Frankreichs und Deutschlands das Gleichgewicht halten zu können. Japan hat nicht vergessen und konnte nicht vergessen, daß es diese drei Mächte waren, die ihm im Jahre 1895 — nach seinem Siege über China — die Früchte dieses Sieges entziehen haben. Um davor zu warnen für die Folge vorzubeugen, sowie um seine Macht im Stillen Ozean halten zu können, ist Japan jetzt beschäftigt, seine Flotte zu stärken. Deshalb die heutige Anleihe, die auch im Interesse der weltpolitischen Stellung Englands unternommen wird. Der Stille Ozean wird noch lange nicht russisch sein, ebensowenig wie der Atlantische Ozean deutsch ist, trotz der bekannten Signale bei Reval.

Rußland.

Zauberflüche der Regierung und widerpenfliche Liberal-Agrarier.

Während die sozialdemokratische Partei Rußlands augenblicklich ihre ganze Energie in der Vorbereitung einer planmäßig organisierten Aktion konzentriert hat, rüstet man sich „oben“ zu einem gewaltthätigen Kampf. Die Ernennung des Winaer Genfers Wahl zum Gehilfen des Ministers des Innern und Chef der Gendarmen spricht in klarer Weise dafür, daß die Regierung sich zu den brutalsten Maßnahmen entschlossen hat. Es riecht nach Blut. Derweilen wird aber die kurze Ruhepause dazu ausgenutzt, durch Arrangierung eines Patriotenumwells die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von allen ernststen Fragen abzulenken. „Väterchen“ macht eine Parade durch Rußland und wie aufgeblasen schmeißt das Redo-Mhrwerk. Und rings herum jubeln das gemietete „Volk“ und die Spitzel. Eine klägliche Theaterdarstellung, ein kläglicher Schauspieler! Andererseits sucht man nach Kräften das hundertjährige Jubiläum der Schipachschlacht (türkische Krieg 77) zu einem patriotischen Fest aufzubauschen. Alles vergebens! Die Zeiten, wo man in der Weise dem Absolutismus zu stützen vermochte, sind vorbei.

Zu dem Augenblick der äußeren Ruhe der revolutionären Thätigkeit bilden den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses die Verhandlungen der Souveränitäts- und Kreis-Komitees zur Beratung der Lage der Landwirtschaft, die sich zu einer allgemeinen Beratung der wirtschaftlichen und zum Teil politischen Lage Rußlands ausgebildet haben. Wir haben schon vor einiger Zeit die Beratungen des Soudschanskij-Komitees erwähnt, dessen Vorsitzende und zwei Mitglieder v. Plehwe und Witte gründliche Kopfweiche erfahren haben. Und trotzdem werden die Verhandlungen in diesem Komitee unter demselben Vorstiz in derselben Weise weitergeführt. Es hat den Anschein, als ob dieses Komitee eine führende Rolle in dieser ganzen Campagne der gemäßigten Opposition des Liberal-

Agrariertums spielen wird. Es sind nicht weniger als 23 Berichte über verschiedene Fragen von allgemeinem Interesse und 40 Zuschriften, meistens von Bauern verfaßt, angemeldet.

Den Brennpunkt der Verhandlungen in der Sitzung vom 14. (27.) September, wo 70 Mitglieder und ein zahlreiches Auditorium aus verschiedenen Schichten der Intelligenz anwesend waren, bildete der Bericht von W. W. Iffow: Ueber den Einfluß unserer Finanzpolitik auf die Landwirtschaft. Auf Grund dieses Berichts sind vom Komitee folgende Resolutionen angenommen worden:

1. Die Politik des Finanzministeriums muß zu Gunsten der Landwirtschaft umgeändert werden.
2. Eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung kann nur erfolgen unter Verbindung der freien Entwicklung der gesellschaftlichen Selbstbethätigung, der Decentralisation der Volkswirtschaft und der Gestaltung der Volkswirtschaft auf breiten Grundlagen.
3. Die Protektionspolitik in betreff der Industrie muß aufgehoben werden.
4. Die Steuerbelastung muß erleichtert werden und allmählich im Sinne einer Einkommenbesteuerung ausgeübt werden; die Auskaufzahlungen für den bäuerlichen Vobenbesitz müssen abgeändert werden.
5. Gewährung eines Staatskredits für die Kleinwirtschaften.

Außerdem wurden Berichte über die Umgestaltung der Gerichtsbarkeit der Bauern und über andere ländliche Fragen erstattet. Ähnliche Verhandlungen finden in den verschiedensten Komitees statt. Diese Komitees, die in gemäßigter Weise ihre oppositionelle Stimmung in Tausenden von Berichten und Resolutionen zum Ausdruck bringen, sind gewiß dazu ins Leben gerufen, um ihre Energie in unnützer Weise sich austoben und von anderer Bethätigung abhalten zu lassen. Aber diese Resolutionen und Wünsche werden allen oppositionellen Elementen einprägen, daß Mäßigkeit, auch tonnenweise, nichts zu erzielen vermag, und es bleibt nur Kampf. Andererseits werden alle diese Verhandlungen einiges bedeuten als Material, zur Aufklärung der Massen, und das wird wohl auch der Regierung den letzten Versuch bereiten — die öffentliche Meinung zu betriegen und vom Hauptpunkt abzulenken. Man hat es versucht mit der studierenden Jugend, man hat es versucht mit den Arbeitern, jetzt mit dem freisinnig gesinnten Landadel und indirekt mit den Semitsen, man hat überall versucht, zu betriegen: es ist überall mißglückt. Es bleibt also von beiden Seiten nichts anderes übrig, als rücksichtslos zu kämpfen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Annaberg, 8. Oktober. Der nationalliberale Verein Annaberg-Buchholz hat in einer Generalversammlung einstimmig seine Zustimmung zur Kandidatur des Fabrikbesizers Rehwald-Leipzig für den 21. Reichstagswahlkreis erklärt und sich demnach der Erklärung seiner Vertrauensmänner angeschlossen. Am gleichen Abend fand eine Vertrauensmännerversammlung der freisinnigen Partei statt, die nur dann für den Parteikandidaten eintreten will, wenn er sich als Gegner jeder Lebensmittelverhöhung erklärt. Von der Aufstellung einer „liberalen“ Sonderkandidatur, die angeendet wurde, wird die freisinnige Partei jedenfalls absehen und ihren Mitgliedern die Entscheidung überlassen.

Glauchau, 8. Oktober. Die Einigungsverhandlungen der drei hiesigen Ortskrankenkassen sind auch diesmal wieder erfolglos gewesen. Während die erste und die allgemeine Ortskrankenkasse warm für eine Verschmelzung der sämtlichen drei Kassen eintraten, erklärte sich die zweite Ortskrankenkasse in ihrer jüngsten Generalversammlung ganz entschieden dagegen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Aus Plauen wird berichtet: Als vollständig ungenießbar befunden worden ist das Wasser in dem Brunnen der neuen Schule zu Jöhnitz. Das Wasser darf auch zu häuslichen Zwecken nicht verwendet werden, da es von faulen Stoffen stark durchsetzt ist. Nach einem Gutachten Professor Welles befindet sich in der dortigen Gegend eine Schwefelader, die beim Graben des Brunnens wahrscheinlich angeschnitten worden ist. Der Brunnen, der 21 Meter tief ist, hatte der Gemeinde viel Geld gekostet. — Ein Opfer vorläufiger Unterschreibens eines Schriftstückes ist in Döbeln ein Böttchermmeister geworden. Zu ihm kam vor einem Vierteljahr der Reisende einer auswärtigen Weinsfirma, der ihn zu Weinkaufen zu überreden suchte. Er unterschrieb schließlich ein Schriftstück, durch das er nach seiner Meinung Weinproben bestellt hatte. Es stellte sich aber bald durch eine Zuschrift der Weinsfirma heraus, daß er eine Weinbestellung von 900 Ml. unterschrieben hatte. Da der Mann diese Menge Wein nicht annehmen konnte, ist er verlagert worden. Dieser Tage nun ist er ohne Vermittel verschwunden. Seine hart bestroffene Familie befürchtet, daß er sich ein Leid angethan hat. — In Chemnitz wurden im Parksale des zum Abbruch stehenden Stationsgebäudes auf dem Nikolaibahnhofe durch eine Gasexplosion mehrere Fenster zertrümmert. Drei Personen, die mit Absuchen der Stelle, welcher Gas entströmte, beschäftigt waren, wurden zu Boden geschleudert. Glücklicherweise kamen die drei Geschädigten mit leichten Verletzungen davon. — Einem Knechte des Rittergutes Rötza, der die Milch nach der Molkerei Böhlen zu fahren hatte, wurden vom Molkereibesitzer Farms etwa 530 Ml. mit der Weisung übergeben, diese an Herrn Rittergutsbesitzer Feinze abzuliefern. Der Knecht ließ aber zwischen Böhlen und Rötza das Wechtr auf einer Wiese stehen und verschwand. Der Mensch war erst seit einigen Tagen in den Dienst getreten, so daß nicht einmal der richtige Name bekannt ist, da seine Papiere erst eintreffen sollten. — Der Regierungsassessor Dr. jur. Paul Babel, Sohn des Ministerialdirektors Geh. Rat Babel, beging Selbstmord durch Sturz in den Hof. Das Motiv des Aufsehens erregenden Selbstmordes ist unbekannt.

Halle a. S., 8. Oktober. In Sachen der Fleischnot konferierten der Oberbürgermeister Staube und der Stadtverordnetenvorsteher Stecker in Berlin mit dem preussischen Landwirtschaftsminister v. Bodbielski, der eine wohlwollende (!) Prüfung ihrer Petition zusagte, die feste Zuversicht auf ein baldiges Sinken der Fleischpreise aussprach und auf die von ihm angeordnete Enquete hinwies, deren Resultat entscheidend sein solle. — Da wird es wohl am besten sein, der Herr Oberbürgermeister empfiehlt Rat und Stadtverordneten einfach, zu warten, bis die Fleischpreise gesunken sind.

Erfurt, 7. Oktober. Eine Leschallu hat die hiesige organisierte Arbeiterchaft ins Leben gerufen. Damit wird aufs neue bewiesen, mit welchem Eifer die Arbeiterchaft die Lücken, die Volksschule und Erziehung in der kapitalistischen Gesellschaft in ihrem Wissen gelassen, auszufüllen bestrebt sind.

Hierzu zwei Beilagen.



Briketts und Kohlen



nur nach Gewicht für Haus- und Industriebedarf.

Carl Einführer

Haupt-Comptoir und Lagerplätze mit eigener Gleis-Anlage

Jeder Besteller erhält auf Wunsch rechtzeitig Bescheid, um das Wiegen u. Anfahren der Kohlen selbst kontrollieren zu können.

Reudnitz, Felixstrasse 31.

In 8 Minuten vom Augustusplatz zu erreichen. Haltestelle Riebeckstr. der Strassenbahnlinien Gohlis-Stötteritz (rot) oder Augustusplatz-Angers-Crottendorf (blau).



Zweites Geschäft: Ranstädter Steinweg 49. Gegründet 1876. Telephon 4086. Drittes Geschäft: Dresdener Strasse 52. Streng reeller Verkauf nur nach Gewicht gegen Kasse. Prompter Versand nach allen Stadtteilen. Auf Wunsch billigste Offerte sofort (persönlich oder schriftlich).



Billiger wie überall!

Ich kann es!

Komplette Braut-Ausstattungen auf Abzahlung

von Mark 1.50 pro Woche an.

Bei 20 Mark Anzahlung

- | | |
|----------------------|-----------------|
| 2 Bettstellen | 1 Tisch |
| 2 Matratzen mit Keil | 1 Spiegel |
| 1 Sofa | 1 Küchenschrank |
| 4 Stühle | 1 Küchentisch |
| 1 Kleiderschrank | 1 Küchenstuhl |

Große Auswahl Bettstellen und Matratzen, Schränke, Vertikos, Kommoden, Sofas, Divans und Garnituren u. s. w. schon von 5 Mark Anzahlung an.

Anzügen und Ueberziehern für Herren und Knaben
Damen-Konfektion und Kleidern
Kleiderstoffen, Gardinen, Teppichen

Manufakturwaren.

Uhren und Regulateure.

Kinderwagen.

N. Fuchs

Möbel- und Ausstattungs-Geschäft
Leipzig, Kurprinzstr. 13, I.

Jeder erhält Kredit.

Neue Sorten Seefische

Einer unserer Dampfer brachte von einer Forschungsreise mehrere Sorten Seefische an, welche bisher in Deutschland noch nicht bekannt sind, unter anderen

Lachs und Barsch.

Diese beiden Sorten sind von ganz hervorragender Qualität und den Flussfischen ebenbürtig. Um nun auch diese Fische einzuführen, verkaufen dieselben zu außerordentlich billigem Preise und bitten, einen Versuch damit machen zu wollen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee

25 Reichsstrasse 25.

Speisekartoffeln, mehrlach u. wohlschmeckend, 7 Pfd. 16 S., Str. 1.90. 9074). Gohlis, Blumenstr. 122. Hoof. Cigarren u. Cigaretten empf. A. Kühner, Reudnitz, Beigstr. 18.

Dienstag u. Freitag Schlachttest Von früh 7 Uhr an Selbstsch. E. Veters, Ländchenweg 16; H. Rossfleisch empfiehlt Schellenberg's Filiale, Stötteritz, Schulstr. 30.

Eugen Unger
Dresdener Strasse 45.
Verkauf u. Rep. gewissensh. u. billigt.
Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchstr. 67

Verantwortlicher Redakteur: August Lüttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Perfekte Maschinen-Näherinnen

(Singer-Ringmaschinen) für Herrenwäsche nach Maß finden sofort dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn.

Finder & Co.

Schützenstraße 10, I., Eingang Querstraße.

Freitag früh eintreffend

Dresdener Mast- u. Fett-Gänse! 65 Pfg.

Gänse-Ausschlachterei

Bratfleisch, Kochfleisch, Fett, Leber.

Gänsefette St. 75 Pfg.

Hasen, gestreift und gesplekt!

Fischhalle „Ostsee“

26 (Neusefelerh.) Wurzenstr. 26

14 (Ringer) Breite Str. 14.

In Schönau

werden die beliebten roten Winter-Kartoffeln

am Leuzscher Wege, unmittelbar hinter dem Dorfe, pro Hute 1 Mt., täglich ausgegeben.

Leipziger Westend-Baugesellschaft.

Weisse Kartoffeln

werden täglich ausgegeben am Gundorf-Schöner Pfasterwege neben der Dampfselei.

Rittergut Gundorf.

Größtes und ältestes Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gef. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-geschäften unter dem Namen „Singer“ angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Reparatur-Werkstatt für Nähmaschinen aller Systeme

Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.

(Frühere Firma: G. Neidlinger) Leipzig, Augustusplatz 1.

Größtes und ältestes Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gef. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-geschäften unter dem Namen „Singer“ angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Reparatur-Werkstatt für Nähmaschinen aller Systeme

Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.

(Frühere Firma: G. Neidlinger) Leipzig, Augustusplatz 1.

Größtes und ältestes Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gef. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-geschäften unter dem Namen „Singer“ angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Reparatur-Werkstatt für Nähmaschinen aller Systeme

Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.

(Frühere Firma: G. Neidlinger) Leipzig, Augustusplatz 1.

Größtes und ältestes Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gef. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-geschäften unter dem Namen „Singer“ angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Reparatur-Werkstatt für Nähmaschinen aller Systeme

Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.

(Frühere Firma: G. Neidlinger) Leipzig, Augustusplatz 1.

Größtes und ältestes Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gef. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-geschäften unter dem Namen „Singer“ angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Bei heutigen hohen Fleischpreisen ist nur Rische!

Morgen frische Zufuhr

Schellfisch, Cabliau u. Seelachs

à Pfund 18 bis 25 Pfg.

O. C. Matthes, Leipzig-Rindenan

Wiesener Str. 63.

Bratheringe billiger

und von herrlicher Qualität!

Große 16 Pfund-Dose Mt. 2.00

„ 8 „ „ 1.50

„ 4 „ „ 1.-

Seestern, Hallesche Str. 1.

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau.

Klagen, Gesuche, Verträge u. Pat. in allen Rechtsfragen.

Auch Sonntags von 11-1 Uhr.

Dorotheenplatz 3, I.

Fernsprecher Nr. 5196. „Argus“.

Ein junges sauberes Mädchen von 15-18 Jahren, sofort gesucht. Stötteritz, Restaurant Gambrius, Leipziger Str. 49.

Kind w. in liebevolle Pflege genommen. Lindenau, Wettinerstraße 74, II. L.

St. Kind w. sof. in gute Pflege gegeben. Zu erfr. Lind., Hartstr. 45, II. L.

Schneiderin empf. sich in u. auß. d. Hause. Kleber v. 5 A an. Sibontenstr. 32, III. r.

Pandoneosp., w. Lust h., einen Klub u. zu gründ., w. sich melb. C., Zwenf. Str. 12, u. l.

Kaffemühlen und Sägen schärf unter Garantie Dampfseleierei Mittelstr. 7.

Herren-Jackett gefunden. Köpffelds Neuschöfelb, Philippstraße 4, II.

Die geg. Herrn Ebn. Kühn ausgeg. Beileidigung nehme ich jur. M. Seelbach.

Extrablätter dieser Nummer:

Von der Firma C. Baumgartens Nachf., 2. Pflanzl. u. 2. Lindenau, ein Prospekt für die Abonnenten im Westen Leipzigs.

Von der Firma A. Schramm, 2. Connewitz, ein Prospekt für die Abonnenten im Süden Leipzigs.

Familienanzeigen.

Ein munteres Möbel. Guido Müller und Frau.

Unf. I. Papa G. Roder b. herz. Glückw. zum Geburtstage. Mama u. Kuriden.

Heute nacht entsetzt infolge Unglücksfalles unser hochverehrter Chef Herr Brauereibesitzer Max Rühl.

Der Entschlafene ist und, so lange wir die Ehre hatten unter seiner Leitung zu arbeiten, ein jederzeit wohlwollender und gerechter Prinzipal gewesen. Wir werden ihn allezeit das ehrenvollste Andenken bewahren.

Das Brauer- und Arbeiter-Personal der Brauerei F. Rühl.

9066j

Erklärung!

Unter dem Titel: Manfred Wittich, ein Lebens- und Charakterbild, ist vor einigen Tagen im Verlage von Lipski-Verlag eine „dem deutschen Proletariate gewidmete“ Broschüre erschienen, die neben den Geschäftszwecken, denen sie dienen soll, bestimmt ist, gegen die Leipziger Arbeiter und ihre Führung geradezu ungeheuerliche Beschuldigungen zu schleudern. Die Anwürfe gegen die Leipziger Arbeiterpartei bilden den wesentlichen Inhalt des Pamphlets, die Schilderung des Lebensganges Manfred Wittichs wird als Beleg missbraucht.

Es ist einfach skandalös, daß die Pietät gegen einen um die Sache des Proletariats verdienten Genossen als Deckmantel für die schäblichste Geschwätzpolitik benutzt werden konnte und daß hierbei uninteressierte Personen sich noch zu Selbstdiensten bereit finden ließen. Es mag vorläufig dahingestellt bleiben, ob sie bewußt oder unbewußt der skrupellosesten Geschäftsmaxime dienten; für die Leipziger Arbeiter ist es nach dem Erscheinen des Nachwerks aber nicht zu umgehen, die in demselben enthaltenen falschen Behauptungen richtig zu stellen und die wirklichen Tatsachen selbst sprechen zu lassen. Wir wissen uns hierbei frei von der Absicht, irgend einen Makel auf Wittichs Charakter werfen zu wollen; im Gegenteil, wir ehren das Andenken unseres toten Freundes noch wie vor und jedenfalls viel höher als diejenigen, die seinen Namen zu einem Nachwerk missbrauchen, das, könnte er es lesen, von ihm aufs schärfste verurteilt werden würde. Wenn in den folgenden Seiten mehrere Tatsachen mit erwähnt werden, die der Deffentlichkeit besser vorenthalten geblieben wären, so muß berücksichtigt werden, daß ihre Feststellung lediglich zur Abwehr perfider Angriffe erfolgt, die, wenn sie ohne gründliche Widerlegung blieben, später in der schiefsten Weise fruktifiziert werden würden.

In dem Pamphlet, mit dem Wittichs Name besudelt wird, heißt es:

Als 1894 der Wähler in die Leipziger Volkszeitung umgewandelt wurde und der neue Chefredakteur Schoenlant seinen Vorgänger in fränkender Weise behandelte, räumte dieser lieber gleich freiwillig das Feld und wollte nur noch als freier Mitarbeiter am Blatte tätig sein. Aber geheime Einflüsse schienen gegen ihn in der Redaktion zu wirken, denn seine eingesandten Arbeiten wurden Jahre hindurch systematisch unter den verschiedensten Einwendungen abgelehnt, so daß er nur noch auf gelegentliches Artikelschreiben für auswärtige Blätter angewiesen war.

Es mag zugegeben sein, daß sich Manfred Wittich bei der Umwandlung des Wählers in die Volkszeitung gekränkt gefühlt hat. Den Leipziger Arbeitern genigte der Wähler längst nicht mehr. Für das in großem Stile angelegte neue Parteiorgan, das in der Folgezeit für die Entwicklung unserer gesamten Parteipresse vorbildlich geworden ist, beriefen sie sich auf Schoenlant als Leiter. Es ist erklärlich, daß sich Wittich zurückgesetzt fühlte und in Schoenlant seinen Feind erblickte. Daß Schoenlant den Genossen Wittich in fränkender Weise behandelte, dafür fehlt unseres Wissens jeder Beweis. Schuld an dem Zerwürfnis war zweifellos vor allem Wittichs hochgradige Empfindlichkeit. Wittich war die Redaktion des Feuilletons der Leipziger Volkszeitung angeboten. Er nahm das Angebot anfänglich auch an, schied aber nach Fertigstellung der letzten Wähler-Nummer am Tage vor dem Erscheinen der Probenummer der Leipziger Volkszeitung plötzlich aus der Redaktion gänzlich aus. Offenbar ließ es Wittichs Ehrgefühl nicht zu, daß er sich als bisheriger erster Redakteur des Wählers unter einen anderen Chefredakteur stellte, obwohl er als Feuilleton-Redakteur immer noch ziemlich unabhängig gewesen sein würde. Ueber den Ausbruch zum offenen Feindseligkeit zwischen den beiden Männern giebt ein in diesen Tagen an die Redaktion der Volkszeitung gerichteter Brief der Witwe Schoenlants Auskunft, der wie folgt lautet:

Da mein Mann tot ist und zu allem schweigen muß, was man auch über ihn sagt, habe ich die Pflicht zu reden, zumal die Vorgänge vor 8 Jahren so deutlich vor meiner Seele stehen, als wären sie eben erst erlebt. Mein Mann übernahm am 1. Oktober 1894 als Hauptleiter die Volks-

zeitung. Er bot Wittich die Stelle eines Feuilleton-Redakteurs mit 3000 Mark Gehalt an. Als nach einigen Tagen mein Mann zu Wittich sagte, er möchte am Abend ins Theater gehen, um ein neues Stück zu besprechen, antwortete Wittich: „Ich bin kein Laufjunge, den man schicken kann!“ und verließ stolz die Redaktion, um nicht wieder zu kommen. Von einer freien Mitarbeiterschaft konnte da keine Rede sein.

Wir liegt es fern, auf Wittichs Charakter nur einen Schatten werfen zu wollen, denn es ist alles menschlich wohl zu begreifen. Doch frage ich jeden vernünftig denkenden Menschen, ob Freund oder Feind, wer von beiden Männern der Gefränktere war. Gewiß der Hauptleiter der Zeitung, der die besten Absichten hatte und dem man so mit Spielte.

Erfurt, den 3. Oktober 1902.

Frau Auguste verwitwete Dr. V. Schoenlant.

Offenbar hat Wittich anfänglich an eine Mitarbeit an der Volkszeitung nicht gedacht, sonst hätte er Schoenlants spätere Annäherungsversuche nicht in der verletzendsten Weise zurückgewiesen. Schoenlant bot ihm an, dafür sorgen zu wollen, daß Wittich Arbeit und gesichertes Einkommen bei der Volkszeitung fände; W. antwortete, daß man so nicht mit ihm spreche. Auch bei zufälligen Zusammenstößen ließ er es nicht an deutlichen Zeichen seiner Mißachtung fehlen. Wittichs leicht reizbare Art ließ dies alles begreiflich erscheinen. Die Broschüre erwähnt ja selbst, daß er 1893 von einem schweren Nervenanfall befallen wurde, „ein Schicksalsschlag, der auch seine Frau fast an den Rand des Wahnsinns gebracht hätte.“

Bereits zu Schoenlants Lebzeiten sind wieder Beiträge Wittichs in der Volkszeitung zum Abdruck gekommen. Es fand auch wieder ein regerer Verkehr mit Wittich statt. Doch konnte von den eingesandten Beiträgen manches nicht Verwendung finden, so daß Wittich nicht in dem Maße an der Volkszeitung Beschäftigung und Verdienst fand, wie er es wünschte. Wiederholte Rücksendungen von Arbeiten, für die die Redaktion der Volkszeitung keine Verwendung hatte, veranlaßten schließlich Wittich, anfangs dieses Jahres mit der bestimmten Forderung um Regelung seiner Mitarbeiterschaft an die Redaktion und den Verlag heranzutreten. Seine Forderung war auf ein bestimmtes Figum gerichtet. Daß die Leipziger Parteigenossen nicht gewillt waren, Wittich fallen zu lassen, beweist schon der Umstand, daß sie in Folge eines nach auswärts gerichteten Besuches um ein Darlehen den Betrag von 150 Mark à fonds perdu bewilligten und eine Kommission beauftragten, mit ihm in Verhandlungen zu treten. Diese führten zu der Abmachung, daß Wittich alle in ganz bestimmte Arbeiten übertragen werden sollten. Für seine Mitarbeit an der Leipziger Volkszeitung wurde ihm ein Jahreseinkommen von 12—1500 Mk. garantiert; für alle Arbeiten, für die aus irgend einem Grunde die Redaktion keine Verwendung hatte und die zurückgegeben wurden, sollte Wittich voll entschädigt werden. Mit diesen Abmachungen erklärte sich Wittich ausdrücklich einverstanden. Hierbei muß besonders hervorgehoben werden, daß sich Wittich eine Unterstützung strikt verboten und, als darauf die Rede kam, jedes „Mosen“ zurückgewiesen hat.

Das war der Stand der Dinge in der Woche nach Pfingsten. Da aber Wittich infolge seiner Krankheit nicht zur Entfaltung seiner vollen Arbeitskraft kommen konnte, gewährte ihm der Parteivorstand in Berlin die Summe von 250 Mark zu dem Zweck, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit eine Kur zu gebrauchen. Die Leipziger Parteigenossen fügten dieser vom Parteivorstand ausgesetzten Summe einen gleichen Betrag hinzu, so daß Wittich und seiner Familie 500 Mark zur Verfügung standen. Befriedigt besterzte sich aber Wittichs Zustand nicht, sondern es ging mit ihm plötzlich zu Ende.

Nach seinem Tode erhielt die Witwe noch für weitere drei Monate Honorar von zusammen 300 Mark; außerdem trug die Partei die gesamten Begräbniskosten, obgleich die Erbin unseres toten Genossen auch vom Verein Arbeiterpresse ein Sterbegeld von 500 Mark erhalten hatte. Schließlich sei auch noch erwähnt, daß die Partei die Wittichsche Bibliothek für den Preis von 800 Mark, der etwa dem

Anschaffungswerte entspricht, angekauft hat. Auch wählten sie eine Kommission, welche die weitere Unterstüzung der Familie Wittich zu regeln haben sollte.

Nach all diesen Feststellungen können es die Leipziger Parteigenossen dem unbefangenen Urteile der Deffentlichkeit getroßt überlassen, die gegen sie gerichteten Anwürfe der im Lipskischen Verlage erschienenen Schmähchrift richtig zu qualifizieren. Die Ungeheuerlichkeit, aber zugleich auch die Haltlosigkeit ihrer Beschuldigungen ist um so klarer, als Wittich in allen Leipziger Parteikreisen durchaus beliebt war, zumal als Referent für die Versammlungen der zahlreichen Leipziger Arbeitervereine. In weiten Kreisen dürfte auch wohl bekannt sein, daß die Honorarfestsetzung für Wittichs Vorträge günstiger erfolgte als für die Vorträge irgend eines anderen hiesigen Redners.

Es erübrigt nur noch, ganz besonders zu konstatieren, daß der Verleger der Wittich-Broschüre, Herr Lipski, durch eine Reihe von Jahren und auch zur Zeit, als noch die Differenzen zwischen Wittich und Schoenlant bestanden, Mitglied der Leipziger Parteileitung war, aber niemals in dieser Eigenschaft auch nur ein Wort der Klage über die nun behauptete ungerechte Behandlung Wittichs durch Schoenlant hat laut werden lassen. Eine Reihe von Umständen sprechen dafür, daß die Herausgabe der Broschüre in der Hauptsache auf Betreiben dieses Herrn erfolgt ist, dem für seine Geschäftsmache heute die schamlosesten Beschuldigungen gegen die Partei den meisten Erfolg versprechen.

Leipzig, den 7. Oktober 1902.

Das Agitationskomitee des 12. und 13. sächs. Reichstagswahlkreises.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

In Junker Freges Zolltarifrede sagt die Kreuzzeitung:

Es ist bekanntlich, daß Herr v. Frege durch seine Krankheit verhindert(?) war, seine abweichende Ansicht in der Fraktion mit dem Nachdruck geltend zu machen, den er sehr, nach seiner Meinung, seinen Darlegungen zu geben mußte, und wir zweifeln nicht daran, daß, wenn er nun als völlig Gesunder in der Fraktion wiederholt, was er in der Leipziger ökonomischen Societät gesagt hat, seine Ausführungen die gebührende Beachtung finden werden.

Die Krankheit stellte sich bekanntlich bei Herrn v. Frege nach seiner außerordentlichen Thätigkeit als Vicepräsident des Reichstags ein.

Die nationalliberale Presse folgert aus dem Kommentar der Kreuzzeitung hoch erfreut, daß in dem Verhalten der Konservativen sich ein Umschwung vorbereite. Die Deutsche Tageszeitung dagegen schreibt, Freges Bemerkung, die Rede sei sein politisch-wirtschaftliches Testament, enthebe sie der Verpflichtung, sich kritisch mit ihr zu befassen. Die Deutsche Tageszeitung versteht also dem „herausragenden sächsischen Politiker“, wie er seiner Zeit in der Agrarierpresse gerühmt wurde, als er für den Vicepräsidentenposten des Reichstags in Vorschlag gebracht wurde, einen Fußtritt.

Rückgang der Landwirtschaft in Sachsen. Für den Abbruch in Deutschland die Landwirtschaft durch die immer mächtiger auftauchende Industrie erfährt, ist Sachsen ein klassisches Beispiel. Im Jahre 1882 gehörten dem landwirtschaftlichen Berufsstand noch 567 500 Personen an, 1895 nur noch 517 700; das ist ein Rückgang um 49 800! Und in der gleichen Zeit war die Bevölkerung Sachsens um annähernd 739 000 Köpfe gestiegen. Im Jahre 1882 verteilte die Landwirtschaft an der Gesamtbevölkerung mit 18,8 Prozent, 1895 mit 13,8 Prozent (relativ = -26,6 Prozent). 1882 die Industrie mit 56,3 Prozent, 1895 mit 58,0 Prozent (= +3,6 Prozent), 1882 Handel und Verkehr mit 12,0 Prozent, 1895 mit 14,9 Prozent (= +16,7 Prozent). Nach der letzten Volkszählung entfallen auf die Landwirtschaft 517 642, auf die Industrie 2 178 273, auf Handel und Verkehr 525 637 Personen. Von 1000 Angehörigen dieser drei Berufsarten kommen nur 160 auf die Landwirtschaft.

Trotzdem also die landwirtschaftliche Bevölkerung nur 16 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmacht, herrschen doch die Agrarier fast unbeschränkt in der Landesvertretung. Daß dies so gekommen, ist fast ausschließlich eine Folge der sächsischen Parteipolitik.

Kleine Chronik.

Leipzig, 9. Oktober.

Ehret die Frauen!

Sie essen gut und sie trinken gut, die edlen Ritter, die in Frankfurt den Drachen des internationalen Mädchen-Landels töten wollen. Hinter Wein und Draten ist gut reden und in „gehobener Stimmung“ fächelt sich die liebe Muttersprache schöner und wird bildreicher. Die ganze Welt erscheint „in rosener Schminke“, und man wird von solchem Schimmer leicht verführt, sich selbst ein wenig zu überschätzen.

Den guten Zweck in allen Ehren — der internationale Mädchenhandel ist eine Scheußlichkeit und mußte aus der Welt verschwinden. Aber die verschiedenen Juristen, Grafen, Senatoren, Polizeipräsidenten, Polizeiräte und Justizräte, die in Frankfurt zur Befämpfung des internationalen Mädchenhandels zusammen waren, haben die soziale Seite der Sache nicht studiert und sehen sie nur durch die alte Hornbrille der Polizei an. Der Mädchenhandel kann nur durch die Beseitigung der weiblichen Prostitution überhaupt beseitigt werden. Ein Fräulein Heymann, das gegen die Hamburger Vorbelle wetterte, meinte: „Die reglementierte Prostitution muß aus Deutschland herausgeschafft werden!“ — Sehr schön, gnädiges Fräulein, eine Aufgabe für Titanen und Giganten. Leider haben wir bei der Frankfurter Versammlung weder Titanen noch Giganten bemerkt. Und wie will das Fräulein beweisen, daß Vorbelle schädlicher sind als die auf die Straßen gerichtete, in die Familien der Armen sich einmischende und dort furchtbarsten und moralischsten Gift, ihre ganze Fäulnis verdunstende Prostitution? Für Bekämpfung der Prostitution haben alle diese Leute nur das eine und das alte Rezept: Polizei und Strafgesetz. Windmühlentkampf und nichts als das! Denn die Ursachen der Prostitution liegen zu tief, als daß sie mit Strafgesetz und Polizei erreicht werden könnten. Das Frauen, vom Geld und vom Hunger gezwungen, ihren Körper gegen Entlohnung preisgeben, das kommt vor, seitdem es eine Massenherzschmerz gibt. Die Klassenherzschmerz beruht auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und dadurch kann sie das einzelne Individuum so sehr in Not stürzen, daß es zum Verbrechen geizt und seinen Abscheu vor der Schande überwindet, nur um

seinen Hunger zu stillen. Die Zahl der Selbstmörder nimmt zu, eine traurige Erscheinung; immerhin aber haben die meisten Menschen nicht die Kraft, den freiwilligen Tod dem Verbrechen und der Entehrung vorzuziehen. Unter der Massenherzschmerz wird bei aller äußerlichen Prüderie die weibliche Würde brutal mit Füßen getreten. Der Sozialismus wird der beleidigten und geschändeten Frauenwelt die schuldige Würde erst wiedergeben, denn in einer sozialistischen Gesellschaft kann niemand durch Ausbeutung und Hunger gezwungen zur Prostitution werden. Die bürgerliche Moral hat sehr schöne Redensarten; aber die bürgerliche Gesellschaft braucht die Prostitution ebenso, wie die feudale Gesellschaft sie gebraucht hat. Wenn man an diese furchtbare Frage herantritt, darf man sie nicht so oberflächlich betrachten, wie das in Frankfurt geschehen ist. Herr Graf Keller meinte, die alte Kulturwelt sei an der Sklaverei und an der Unstittlichkeit zu Grunde gegangen. Wohl, daran wird auch die bürgerliche Welt zu Grunde gehen, denn die Unstittlichkeit ist heute so groß wie in der feudalen Welt, wenn nicht größer, und im Kapitalismus besteht, nach Lamarck's treffendem Wort, die Sklaverei gemildert durch den Arbeitslohn. Diese Sklaverei steht mit der allgemeinen Kulturhöhe in Widerspruch, aber auf ihr beruht die moderne Gesellschaft. Die Konsequenz ergibt sich von selbst.

Sonderbar muß es uns an, daß auf diesen Kongressen immer das Hauptgewicht der Entrüstung auf den Mädchenhandel nach dem Auslande fällt. Ja, ist denn der Mädchenhandel auf den lokalen Märkten weniger schlimm? Man nehme einen Einzelfall an. Eine Proletarierin in Berlin verdient zu wenig oder ist arbeitslos. Um nicht zu verhungern, nimmt sie einen „Freund“ an, dessen Zutugenden ihre wenigstens ermöglicht, zu leben. Solche „Freunde“ lieben die Veränderung. Bald muß sich das verlassene Mädchen nach einem anderen „Freund“ umsehen und da ist sie nicht mehr weit von der Straße. Der Hunger vernichtet den Rest von Scham; die Ungläubliche wird der Sittenpolizei unterstellt und wenn sie sich gegen deren strenge Reglements verheißt, kommt sie ins Arbeitshaus. Von den Vermietern ausgebeutet, ist sie immer in Not; sie wird krank und alt und steht plötzlich vor dem Nichts. Ist denn ein solcher Zustand besser als die Zustände in den überbelegten Häusern des Auslandes? Eine besondere Erscheinung allerdings sind die Fälle, in denen

anständige Mädchen mit List in läbliche Häuser des Auslands gelockt und mit Gewalt dort festgehalten werden. Hier könnte sich die Polizei betätigen und durch eine genaue Kontrolle jener Häuser solche Opfer retten. Allein, gewöhnlich bewährt sich die Polizei da nicht, wo es am meisten nötig wäre.

Bei allen guten Absichten wird man an den bestehenden Zuständen auf dem in Frankfurt eingeschlagenen Wege wenig oder nichts ändern können. Man lerne begreifen, daß man vor einer sozialen Frage steht. Das begreift jedenfalls nicht der Pfarrer Lichtnack aus Mannheim, der diese Stadt als das moderne Korinth bezeichnet, „wo sich die Laster des Orients und des Occidents ein Stellbildnis geben“. Dort als Pfarrer zu wirken, kann kein Vergnügen sein; das ist aber kein Grund für solche Ueber-treibungen.

„Ehret die Frauen!“ Das sollte den Deutschen zu einem Wahlspruch werden in der Periode der vielen polizeilichen „Mißgriffe“ bei Verhaftungen und Sistierungen von Frauen wegen Verdachts der Prostitution. Wir wollen die einzelnen Fälle, unter denen sich wahrhaft himmelschreiende Befinden, nicht erwähnen; wir denken nur an den Wiesbadener Fall, in dem eine adeliche Teilnehmerin der Frauenkonferenz zur Polizei sistiert wurde, weil sie „zu langsam gegangen“ war. Dies geschah in demselben Moment, als die Frauenkonferenz darüber beriet, wie solchen Fällen vor-zubringen sei! Der Polizeipräsident ließ die Dame zu sich bitten und entschuldigte sich. Darüber sind die Mütter auf-gebracht. Ach, thut nicht so; ihr seid ja froh, daß die Polizei sich entschuldigt hat.

Was wird die Nachwelt einst von dieser Zeit denken! Nach zweitausend Jahren deutscher Kulturarbeit haben wir es in Deutschland so weit gebracht, daß ein Schumann in darüber zu entscheiden hat, wie eine Dame auf der Straße ihre Gangart regulieren soll. Sie mag eine noch so gute Erziehung erhalten und sich die besten Manieren angeeignet haben — wenn sie einem vielleicht aus der Wasserpolizei oder der Kassubei stammenden Schutzmann zu schnell oder zu langsam geht, wird sie „verhäßlich“ und muß mit zur Polizei!

Es ist hohe Zeit, daß die Gesetzgebung in dieser Sache ein-greift. Daß die herrschenden Klassen sich dabei nicht sonderlich beeilen, ist man bei ihnen gewöhnt. Sie wissen den Wert zu schätzen, den der Polizeistaat in ihren Augen hat, weil er so viel

k. Die beabsichtigte Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden ist bekanntlich zum Gegenstand einer Umfrage bei den Stadträten, Fabrikantenvereinen etc. gemacht worden. Im Königreich Sachsen sind die diesbezüglichen Arbeiten bereits zum Abschluß gebracht. Soweit sich übersehen läßt, haben sich die Gemeindevertretungen sämtlich zustimmend geäußert (bedeutet doch auch die fragliche Versicherung eine Herabminderung der Armenversorgung), während sich die Unternehmer in demselben Maße ablehnend verhielten. Die Handelskammern, die offiziellen Vertretungen der Fabrikanten, haben sich daher auch in ihren Gutachten fast durchgängig verneinend geäußert. Geradezu typisch für die Ansichten der Unternehmer sind die Äußerungen des Präsidenten der Handelskammer Plauen, Goresmann, der sich nach einem Bericht dieser Kammer wirklich dahin ausspricht, „daß es der Selbsterhaltungstrieb der Industrie verlange, der sogenannten humanitären Gesetzgebung, welche den wirtschaftlich schlechter Gestellten auf Kosten der Arbeitgeber helfen wolle, ein Veto zu zusetzen. Eine derartige Gesetzgebung dürfe nicht über das berechnete Maß hinausgehen, wenn man nicht schließlich dahin gelangen wolle, daß der Arbeiter besser gestellt werde, als der Arbeitgeber. (Wer laßt da nicht?) Dagegen müsse man sich entschieden verwahren, und zwar nicht sowohl wegen der mit der Ausdehnung verbundenen pekuniären Opfer, als hauptsächlich wegen der nennentlich mit der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter verbundenen Schwierigkeiten in der Verwaltung und der damit dem Arbeitgeber auferlegten Schereverien.“ Der fragliche Bericht stellt weiter fest, daß die wichtigsten Industriezweige des Kammerbezirks fast ausschließlich Gegner der geplanten Versicherung sind. Interessante Einwürfe machte der Fabrikantenverein der Stickerei- und Spitzenindustrie in Plauen, der darauf verwies, daß sich nicht bloß Personen des arbeitenden Standes hausindustriell beschäftigen, sondern auch Töchter und Frauen aus den sogenannten besseren Familien, die sich mit solchen Arbeiten nicht ihren Lebensunterhalt, sondern nur ein Nadelgeld verdienen wollen. Wüßten die sich auch der Versicherung unterwerfen, so würden viele aus einem inhaltlich vorhandenen Gefühl des Stolzes heraus derartige Arbeit nicht mehr übernehmen, weshalb der Industrie zahlreiche wertvolle (!) Arbeitskräfte für immer verloren gehen.

So unser Korrespondent. Man sieht hier wieder, wie das Unternehmertum Sozialpolitik treibt. Die Arbeiter frägt man bei so wichtigen Angelegenheiten natürlich nicht. Das Unternehmertum läßt sich lediglich von dem nachteiligen Interessenstandpunkt leiten. Wahrhaft klassisch ist die Furcht des Plauenschen Fabrikantenvereins um den Verlust der „zahlreichen wertvollen Arbeitskräfte“, die nicht um ihren Lebensunterhalt, sondern nur für ein Nadelgeld arbeiten. Wenn schon diese Arbeitskräfte wertvoll sind, um wie viel mehr müssen es eigentliche Hausarbeiterinnen sein? Und doch weigern sich die Unternehmer, für die Unterstellung dieser Arbeiterinnen unter die Krankenversicherungspflicht zu stimmen, weil sie dadurch zur Zahlung einiger Pfennige verpflichtet würden.

Vom Sparsystem bei der Eisenbahnverwaltung. Das von der sächsischen Eisenbahnverwaltung beliebte Sparsystem hat auch eine erhebliche Verminderung der Einstellung von Arbeitskräften bei den Staatsbahnen zur Folge. Abgesehen davon, daß schon seit längerer Zeit Reueinnahmen überhaupt nicht mehr bezw. nur in ganz vereinzelten Fällen stattgefunden haben, ist auch hinsichtlich der Anstellung der Bediensteten in etatmäßige Beamtenstellen seit einigen Jahren eine für die Beteiligten naturgemäß sehr fühlbare Stöckung eingetreten, da frei gewordene Stellen in der Regel nicht mehr besetzt werden und viele bisher von Beamten bekleidete Funktionen Bediensteten übertragen worden sind. Es waren nach Ausweis des vor einiger Zeit vom Finanzministerium herausgegebenen statistischen Berichts über die sächsischen Staatsbahnen auf das Jahr 1901 zu Ende desselben Jahres insgesamt 15 414 Beamte gegen 15 647 im Jahre 1900, das sind 233 Beamte weniger, vorhanden. Da zur Zeit noch eine beträchtliche Anzahl etatmäßiger Stellen aller Kategorien unbesetzt ist, wird sich Ende dieses Jahres noch eine weitere Reduzierung des Beamtenstandes ergeben.

Wenn an überflüssigen Beamten gespart wird, so läßt sich dagegen gewiß nichts einwenden. Interessant aber wäre es, zu erfahren, auf welche Beamtenklassen sich diese Einschränkungen erstrecken. Man würde dann wohl erfahren, daß am meisten an den untersten Beamten, die am meisten angepannt und am wenigsten entbehrt werden

zur Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte beiträgt. Energie gegenüber der polizeilichen Autorität ist daher von ihnen nicht zu erwarten.

Unwillkürlich schweift der Blick zurück in die Geschichte der deutschen Frauenwelt und bleibt an Erscheinungen haften, die mit den vorliegenden Fragen zwar nichts zu thun haben, die aber beweisen, daß wir bei allen Mängeln doch Fortschritte gemacht haben, und diese Fortschritte berechtigen zu der Hoffnung, daß die Zukunft der Frauen die ihnen gebührende Stellung bringen wird, wenn auch die herrschenden Klassen von heute auf der Rückschamigkeit beharren.

Es gab in Deutschland eine Zeit, die glücklicherweise weit hinter uns liegt, die Zeit der Hexenprozesse. Das Grauenhafte dieser Zeit, die beinahe ein halbes Jahrtausend umfaßt, ist nie in seinem vollen Umfang geschilbert worden. Während dieses halben Jahrtausends war in Deutschland — in den anderen Kulturländern natürlich auch — jede Frau keinen Augenblick ihres Lebens sicher. Schönheit und Häßlichkeit, Alter und Jugend, Reichtum und Armut, Tugend und Laster — alles das konnte dumme oder boshafte Menschen bewegen, ein Weib der „Hexerei“ zu beschuldigen. Alsdann wurde eine solche Unglückliche, wenn sie nicht „gestehen“ wollte, den schändlichsten und grausamsten Martern unterworfen; die züchtigsten Frauen wurden ohne jede Rücksicht auf die weibliche Schamhaftigkeit in die Gewalt roher Mittel gegeben. Die Folterqualen erzwangen ein Geständnis und diesem folgte der Scheiterhaufen. Das sahen die Deutschen ein halbes Jahrtausend mit an; die letzte „Hexe“ wurde 1749, im Geburtsjahr Goethes, zu Würzburg verbrannt. Pfaffen und Juristen haben für diese Hexenprozesse, die nach der Reformation weit häufiger waren, als vorher, die historische Verantwortung; doch verbrannten sie sich auch manchmal untereinander. Zur selben Zeit, da die Hexenprozesse blühten, erlebte auch das Mittelalter eine Nachblüte, jene herrschende Klasse, die Armut und Unsicherheit zu schüben gelobte und Straßentrab oder Bauernschindererei oder beides zugleich betrieb. Zugleich herrschte dabei das Faustrecht. Diese Ritter oder Junker haben viele feste Streiche verübt; aber solche Ritter wie der Goethe'sche Götz von Berlichingen — das Gegenteil des historischen — waren sie nicht. Die Geschichte berichtet uns nicht einen einzigen Fall, in dem bei einem solchen Ritter die Menschlichkeit und der Edelmut so weit

entwickelt gewesen, daß er, das Faustrecht zu einem guten Zweck sich zu nütze machend, mit seinen Feinden ein Gegengericht überfallen, die Richter und den Büttel für ihr schändliches Handwerk über die Köpfe gehauen und das arme Opfer in den sicheren Mauern seiner Burg geborgen hätte. Die Ritter sahen zu, wie die schönsten und zartesten Frauen in die Gewalt des Büttels gegeben und auf den Scheiterhaufen geschleppt wurden.

a. Dresden, 8. Oktober. Der Mietbewohnerverein nahm heute abend Stellung zu den im November anstehenden Stadtverordnetenwahlen. Die Aufstellung der Kandidatenliste wurde einem Ausschusse überlassen, dem verboten wurde, mit dem Hausbesitzerverein und dem Reformverein ein Kompromiß einzugehen. Wahlbündnisse mit anderen Vereinen zu schließen wurde dem Ausschusse nicht unterzagt, weil infolge des Fehlens von Bezirkswahlen die Wahlen zu Kompromissen zwingt. Der Nationalsoziale Kreisler schlug ein Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten vor. In der Versammlung hielt sich aber niemand für berechtigt, eine verbindende Fuzage zu machen. Auf beiden Seiten, Sozialdemokratie und Mietbewohnerverein, besteht indessen wenig Sympathie für ein Kompromiß. Erwähnenswert waren die Ausführungen des Apothekers Ohm, eines früheren Stadtverordneten. Er gab zu, daß die Hand voll Stadtverordneten, die der Mietbewohnerverein ins städtische Kollegium entsendet hat, zu sehr Geistesretterei übe. Die Herren müßten leider infolge ihrer sozialen Stellung gewisse Rücksichten üben. Solche Rücksichten brauchen Sozialdemokraten nicht zu nehmen und deshalb sei ihre Wahl wünschenswert. Der frühere Oberbürgermeister Stübkel hätte ihm einmal gesagt, wenn der Mietbewohnerverein eine Macht wäre, würde der Rat die Interessen der Mieter sehr gerne vertreten. Leider sei der jetzige Oberbürgermeister ein ganz anderer Mann. Hartwig habe ihn völlig mit Beschlag belegt. Oberbürgermeister Stübkel hätte damals Baumeister Hartwig sicherlich nicht die Hand gegeben, als die 23 Stadtverordneten erklärt hatten, sie hielten Hartwig wegen der ergangenen Gerichtsurteile für unwürdig der Ausübung des Stadtverordnetenmandats. Er beschränkte ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten, denn man müsse den Teufel (Hausbesitzer) durch Beselgub austreiben.

Rochitz, 7. Oktober. Das Stadtverordnetenkollegium hatte den Rat ersucht, die Bestimmung des Ortsstatuts, nach welcher der Rat seinen Beamten gegenüber nach zwanzigjähriger einwandfreier Dienstzeit auf sein Kündigungsvorrecht verzichten kann, auch in Wirklichkeit auszuüben. Der Rat möchte also die fragliche Bestimmung mehr in dem Sinne auffassen, daß er den Kündigungsverzicht nicht nur aussprechen kann, sondern auch soll. Der Rat hat in seiner Antwort dieses Ersuchen abgelehnt und erklärt, daß er von der fraglichen Befugnis Gebrauch machen werde, sobald er den Zeitpunkt für gekommen erachtet werde.

Chemnitz, 8. Oktober. Die Krise kommt in dem Geschäftsbericht des Vorstandes von Theodor Bieders Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, drastisch zum Ausdruck. Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902. Der Umsatz blieb gegen das Vorjahr um 25 Proz. zurück. Wenn demnach der Gewinn ein nur wenig geringerer als 1901 ist, so ist dies, wie der Bericht sagt, auf die äußerste Ausnutzung der sinkenden Materialpreise beim Einkauf, Einschränkung des Beamten- und Arbeiterpersonals und thunlichste Ruckbarmachung der neuen Werkstatt-Einrichtungen zurückzuführen. Die Arbeiterzahl wurde um 74 vermindert; während sie im Vorjahre noch durchschnittlich 548 betrug, fiel sie im Berichtsjahre auf 474. Aber auch die Löhne müssen reduziert worden sein, obgleich davon in dem Berichte nichts erwähnt ist. Während im Vorjahre bei 548 Arbeitern und 493 644,33 Mk. gezahlten Löhnen der Durchschnittslohn des einzelnen Arbeiters 900,81 Mk. betrug, belief er sich im Berichtsjahr bei 474 796,39 Mk., das ergibt aber eine Verminderung des Durchschnittslohnes um 104,41 Mk. An Löhnen zahlte die Fabrik weniger als 1900/01 116 152,01 Mk. Hieraus geht hervor, daß der Arbeiter in erster Linie die Kosten der Krise zu tragen hat, einesteils durch Verlust seiner Arbeit, anderenteils durch Reduzierung seines Lohnes oder vermehrte Ausnutzung seiner Arbeitskraft.

Georgenhals, 6. Oktober. Von hier wird berichtet: „Seit einigen Tagen sind Arbeiter des Kupferbergwerkes Klingenthal damit beschäftigt, den alten Stollen oberhalb der Heroldsmühle an der sogenannten Zeche wieder freizulegen. Der Bergbau ruhte hier seit mehr als hundert Jahren, die alte Halte aber war immer als Fundgrube für Zinkerze bekannt. In dem Stollen, der zur Zeit nur für Fuhrleute passierbar ist, stößt man in einer Entfernung von

40—50 Meter vom Eingange entfernt auf Adern von Zinkblende, die bei 60—75 Proz. Erzgehalt 1/2 bis 3/4 Meter breit anstehen. Außerdem enthält das Gestein Zinn und Arsenkies. Der Abbau des Erzlagers dürfte unter diesen Umständen vom ersten Tage an ertragreich und lohnend sein.“ Wenn's nur wahr ist! Neugierige Mitteilungen sind schon öfters gemacht worden und haben sich hintennach nicht bestätigt.

st. Weimar, 8. Oktober. Endlich ist es der Arbeiterschaft Weimars gelungen, ein größeres Versammlungstotal zu bekommen. Seit sieben Jahren konnte gestern zum erstenmal in dem schönsten und geräumigsten Lokal der Stadt, dem Tivoli eine Volksversammlung stattfinden. Ueber 500 Personen aller Stände hatten sich eingefunden, um an dem Protest gegen die Fleischnot sich zu beteiligen. Nach dem Vortrag des Abg. Baubert, ergriff ein anwesender Arzt, Dr. med. Wette, das Wort und betonte, er sei mit den sachgemäßen Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Bedauerlich sei es, daß das Bürgerturn sich teilweise noch ablehnend verhalte, noch bedauerlicher sei es, daß eine große Anzahl Ärzte, die schon aus ärztlichen Gründen verpflichtet seien, der genügenden Volksernährung eine Beachtung zu schenken, sich so wenig für die Aufhebung der Grenzsperrre erklärten. Um Seuchen zu verhindern oder vorzubeugen, gebe es viel einfachere Mittel, dies könne er als Mediziner mit gutem Gewissen behaupten. Einstimmig wurde eine Resolution, die die im Verordnungsweg erfolgte Sperrung der Grenzen aufzuheben forderte, angenommen. Die Resolution soll dem Reichstag, dem Bundesrat und dem Großherzoglichen Ministerium zugestellt werden.

Zur Textilarbeiterbewegung.

Aus Meerane meldet Schaffers Bureau: In der großen Generalkonferenz der Textilarbeiter haben die vereinigten Webereibesitzer in Meerane heute einstimmig beschlossen, einen neuen Lohnsatz auszuarbeiten und der Arbeiterschaft morgen mittag zu unterbreiten. Die für morgen abend einberufene entscheidende Arbeiterversammlung wird zu dem Tarif Stellung nehmen.

Gemeinde-Beitrag.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

(Sitzung vom 8. Oktober.)

Der Droschkenbesitzerverein Leipzig und der Leipziger Droschkenbesitzerverein I. Klasse wenden sich in einer Eingabe gegen die weitere Ausdehnung des Straßenbahnbetriebes während der Nacht. Stadtv. Direktor Sauer macht diese Eingabe zur seinigen.

Infolge der Bewegung gegen die Fleischsteuerung hat die Direktion des hiesigen Schlachthofes drei Tabellen über die Verhältnisse am hiesigen Schlachthof herstellen lassen, die den Stadtverordneten gedruckt vorgelegt werden sollen.

In den Zudelhäuser Weg in Probstheida soll Gasrohr gelegt und die Gemeinden Zudelhäuser und Hofhäuser sollen mit Gas aus den städtischen Gasanstalten versorgt werden. Der Gesamtaufwand beläuft sich auf 80 000 Mk. Der Gasanschluß beantragt, die Vorlage abzulehnen, weil der Gasverbrauch in diesen Orten gegenüber dem Anlagkapital ein zu geringer sei.

Bürgermeister Dittich bemerkt hierzu, daß der Rat Gewicht darauf lege, die Gemeinden mit Gas zu versehen, die eine Gasversorgung wünschten. Der Rat werde bei Ablehnung der Vorlage später darauf zurückkommen. Desgleichen bedauern die Stadtverordneten Bommer und Oskar Meyer die Stellung des Ausschusses. Man sollte der Konkurrenz nicht Gelegenheit geben, sich zwischen die Stadt und die Gemeinden zu drängen. Stadtv. Lange ersucht den Rat, zu erwägen, ob die Gasversorgung nicht auch auf Viehbetrieblöcher ausgedehnt werden könnte. Stadtrat Wunder hält die letztere Anregung für zu weitgehend. Das gleiche treffe auf die Gemeinden Gaschwitz und Zwenkau zu, die bereits früher um Gasversorgung nachgesucht hätten. Für übrigen ersucht der Redner um Annahme der Ratvorlage. Das Gas sollte dem kleinsten Manne zugänglich gemacht werden. In Leipzig finde man kaum noch eine Küche ohne Gas. Ein Antrag des Stadtverordneten Zähne, die Vorlage an die Ausschüsse zurückzuberufen, wird mit 35 gegen 26 Stimmen abgelehnt, desgleichen auch der Antrag des Ausschusses, worauf die Ratvorlage angenommen wird.

Litterarisches.

Gustav Falke hat soeben im Verlag von Alfred Janssen in Hamburg einen neuen Band Gedichte veröffentlicht, der des etwas gespreizt klingenden Titel Hohe Sommertage trägt (Preis gebunden 3 Mk.). Darin erweist sich der Hamburger Poet wieder als der moderne Epiker, der schlichte tiefe Innigkeit des Empfindens mit leichtester Grazie der Form verbindet. Wir haben eben doch unter den Modernen keinen, der so einfach wie er tiefstem Empfinden Ausdruck geben kann. Man lese nur einmal ein Gedicht wie das Märchen, das in der vorletzten Sammlung steht, sich laut vor:

In deiner süßen Nähe
Bin ich so glücklich. Ich mein',
Ich müßte wieder der wilde
Seltsige Knabe sein.

Das macht deiner süßen Jugend
Sonniger Frühlingshauch.
Ich hab dich so lieb. Und draußen
Blühen die Rosen ja auch.

O Traum der goldenen Tage!
Herz, es war einmal.
Abendwolken wandern
Ueber mein Jugendthal.

Da steht jedes Wort an seinem Platz, und es ist, als läße sich wie bei einer Improvisation Satz für Satz wie von selber von der Seele los.

In der neuen Sammlung steht ja nicht alles auf gleicher Höhe. Da sind Balladen, in denen der angestrebte kräftige Ton nicht gelungen ist, und mandmal steht es wohl aus, als habe Leichtigkeit des Produzierens den Dichter zum bloßen Spielen mit der Form verleitet. Dafür giebt es reine Naturbilder von höchstem Stimmungsgelalt (Winter), Gedichte, in denen tiefes Empfinden des Dichters und die Stimmung der umgebenden Natur wunderbar ineinanderfließen (Parkteil, Waldgang), da sind Gedichte voll edler Trauinstimmung, voll kindlicher Heiterkeit und Schalkhaftigkeit. Und dann stehen gleich auf den ersten Seiten zwei Gedichte, die aus tiefster Seelennot heraus entstanden sind. Eines heißt In tiefer Scham und lautet:

Ein neues Geschlecht wird kommen, und es hat sich schon angemeldet, das den Frauen verschafft, was ihnen die bürgerliche und die feudale Gesellschaft verweigert hat.

Theaternachrichten. Neues Theater. Freitag: Einmaliges Gastspiel der Internationalen Tournee (Direktion: G. Lindemann): Die tote Stadt, Tragödie in 5 Akten von Gabriele d'Annunzio (Maria: Frau Rosa Bertens). Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß eine Wiederholung des hochinteressanten Gastspiels keinesfalls stattfinden kann. — Im Alten Theater geht die beliebte Operette: Die Landstreicher in Scene.

Am Sonnabend ist im Neuen Theater Der Troubadour angekehrt, voraus geht Die Puppenfee. — Im Alten Theater wird Alt-Heidelberg gegeben.

Am Sonntag wird im Neuen Theater Biets Oper Carmen gegeben. — Im Alten Theater gehen nachmittags 1/8 Uhr als Vorstellung für den Leipziger Arbeiterverein Der zerbrochene Krug und der Tartuff in Scene. (Ein Billeterverkauf für diese Vorstellung findet nicht statt.) Abends 7 Uhr wird im Alten Theater Angengrubers Bauernkomödie Die Kreuzschreiber wiederholt.

Eduard Tempelwegs Tragödie Klytänestra wird neu einstudiert demnachst wieder zur Aufführung kommen.

Im Leipziger Schauspielhaus wird heute das beliebte Lustspiel Die Witwe wiederholt. Bei halben Preisen kommt am Freitag Leffings Emilia Galotti zur Aufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Pasche, Kirch und Winkler, sowie die Herren Brückner, Grovenberg, Hofmann, Bornstedt etc. Die Novität Lebendige Stunden wird am Sonnabend wiederholt, während am Sonntag abend Sudermanns Schmetterlingsnacht gegeben wird. Sonntag nachmittag gelangt als Vorstellung zu ermäßigten Preisen Restrops Lumpack: Danabunbus zur Aufführung.

Die Vorlage betreffend Zuweisung von 200000 M. von den Ueberflüssen der Gasanstalten aus dem Jahre 1891 an den Erneuerungs- und Erweiterungsfonds der Gasanstalten wird einstimmig abgelehnt. Der erzielte Ueberflus liegt also in die Betriebskasse der Stadt.

Einstimmig werden sodann 30 Stiftungsberechnungen auf das Jahr 1901 richtig gesprochen. Nach der Rückführung des Rates auf die Anträge des Kollegiums zu der Hauptrechnung der Stadt Leipzig auf das Jahr 1900 beantragen der Finanz- und der Bauausschuss, mehrere Positionen namentlich richtig zu sprechen, im übrigen von den Mitteilungen des Rates Kenntnis zu nehmen bezw. bei diesen es verwenden zu lassen. Das Kollegium tritt diesem Antrage einstimmig bei.

Zugestimmt wird der Herstellung eines Luftschachtes auf dem Schützenbühl an der Friedrich August-Brücke in Lindenau mit einem Kostenaufwande von 2000 M.

Eine Eingabe des Gemeinnützigen Vereins Vorwärts in L. Wohlts wegen Verbreiterung der Garten- und Wäldchenstraße daselbst wird dem Rate zur Kenntnisnahme überwiesen. Der Hausbesitzerverein L.-Entzich ersucht um Herstellung einer direkten Verbindungsstraße zwischen den Stadtteilen Wohlts-Entzich und dem Osten der Stadt. Nachdem Stadtbaurat Franze eine entsprechende Vorlage in Aussicht gestellt hat, wird eine derartige Verbindung dem Rate zur Erörterung gegeben und die Eingabe des Hausbesitzervereins damit erledigt erklärt.

Vom Hochbauamt sind Räume in dem städtischen Grundstück Centralstraße 3 zu Bureauzwecken benutzt worden, ohne Miete hierfür zu berechnen. Der Rat wird nunmehr ersucht, für die betreffenden Räume 2000 M. jährliche Miete als Ausgabe und Einnahme in den Haushaltsplan einzustellen.

Zu dem Verkauf des Grundstücks Pistoriusstraße 3 für den Preis von 6100 M. wird Zustimmung erteilt.

Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung. Falls in dieser eine Einigung erzielt wird, werden in der nächsten öffentlichen Sitzung die Wahlen eines Stadtrats in die zweite, eventuell in die dritte herabgehobene Stadtratsstelle und die Wahl eines neuen besetzten Stadtrats vorgenommen werden.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. Oktober.

Das wirksamste Gegengewicht gegen die heutigen sozialistischen Bestrebungen mit ihrer unheilvollen Zerrüttung aller häuslichen Bande ist gefunden; der Sozialismus wird überwunden durch den Drachentöter — Pestalozzi-Fröbelverein in Leipzig, einem Zweigverein des in Berlin bestehenden Pestalozzi-Fröbelvereins. Der Leipziger Verein unterhält hier ein sogenanntes Pestalozzi-Fröbelhaus, dem es aus bescheidenen Anfängen heraus durch seine zielbewusste Arbeit in der Berufsausbildung gelungen ist, sich zu einer der ersten Bildungsstätten Leipzigs hindurchzuarbeiten, so daß Schülerinnen aus allen Teilen Deutschlands und dem Auslande in genanntem Institut ihre Ausbildung suchen. Seit 1. Juli 1892, also in 10 Jahren, haben die Anstalt 180 Mädchen und 700 Kinder den damit verbundenen Kindergarten besucht. Die Anstalt erstreckt nun noch die Errichtung eines Mädchenheims, eine Kinderbewahrs- und Kinderspeisenanstalt, ferner die Errichtung eines Volksschulkindergartens und einer Koch- und Haushaltungsschule; es fehlen ihr zu allem nur noch die notwendigen Mittel und vor allem die erforderlichen Räumlichkeiten; ja sie schwebt sogar in der Gefahr, „heimatlos“ zu werden, zumal die Herren privaten Hausbesitzer nicht gerade besonders für derartige Institute eingenommen sein sollen. Der Pestalozzi-Fröbelverein wünscht deshalb dringend, daß ihm die Stadt mietfreie Räume in einem städtischen Grundstücke oder Areal zu einem zweckentsprechenden An- oder Nebenbau auf einem Schulgrundstück zur Verfügung stellt; auch für ein Vergüt. aus wohlthätigen Stiftungen glaubt der Verein geeignete Verwendungen zu haben.

Der Verein hat sein Vltgefuch außer mit dem bescheidenen Satze, den wir an der Spitze dieser Koliz eitieren, noch wie folgt begründet: „Gerade in Leipzig, dem Mittelpunkte Deutschlands, das die verschiedensten Elemente beherbergt, ist eine solche größere Institution, die mit Nachdruck auf die verschiedensten Volksklassen zu wirken vermag, ein Faktor von hoher Bedeutung, von unschätzbarem Werte, von unbedingter Notwendigkeit zur Bekämpfung der gefährlichen sozialistischen Strömung und zur Förderung der Wohlfahrt von Stadt und Staat.“

Unter Haffe und, die übrigen Leipziger Ordnungsmänner sollen erleichtert aufgetaet haben, als sie Kunde erhielten von dem projektierten Feldzuge, der da zur Sozialistenverrichtung anheben soll. Der „hochwohlblühliche Rat“ aber scheint dem

Ich meinte auf mein Brot und wirgte dran
Und konnt's nicht wirgen und stand auf vom Mafz
Und ging hinaus ins kalte, kahle Feld
Und bot dem Märzwind meine heiße Dual.
An einem Dornbusch hing ein Fehen Tuch.
Wer warf es weg, wen wärmte es nicht?
Vielleicht wie er bin ich ein Bettler nun,
Und was so warm mich hielt, ist ganz zerfetzt.
Wenn du dein Herz in deine Hände nimmst
Und giebst es hin, da, nimm's, und ohn' Entgelt,
Man nimmt es, dankt und wirft dir's pöplich hin:
Ich mag's nicht mehr! dann stirbt dir eine Welt.
Dann siehst du da, entblößt und bettelarm
Und weilst nicht hin vor Scham, vor nackter Scham.

Ein einziges solches Gebicht und das gleich darauf folgende (Aus tiefer Qual) heben das Buch hoch über die Masse der blesährigen lyrischen Produktion hinaus.

Eingelaufene Schriften. Gustav W u s t m a n n, Der Wirt von Auerbachs Keller. Dr. Heinrich Stroner von Auerbach. 1482—1542. Leipzig, Hermann Seemann Nachfolger. Preis: 1 Mark.

Wilhelm S t i e d a, Immenau und Stückerbach, eine Erinnerung an die Goethezeit. Leipzig, Hermann Seemann Nachfolger. Preis: 2 Mark.

W. M a n t e y, Das Wohnungs-Mietrecht. Rechte und Pflichten der Mieter und Vermieter nach dem Neuen Bürgerlichen Gesetzbuche, gemeinverständlich dargestellt von Amtsrichter a. D. M. Mantey. Neht Entwurf zu einem Mietvertrage, sowie einem praktischen Quittungsformular. Breslau, Verlag von Alfred Langewort. Preis portofrei 30 Pfg.

Bequemer auf dem Obstmarkt. Kurzer praktischer Ratgeber bei Einkauf, Aufbewahrung und Behandlung des Kernobstes (Äpfel und Birnen) nebst Sortenverzeichnis mit Angabe der Genußreife, Haltbarkeit und Verwendbarkeit der Früchte. Dresden, Verlag von C. Heinrich. Preis: 30 Pfg. **Simplicissimus.** 7. Jahrg. Nr. 28.

Zauber bei der Entscheidung über das Vltgefuch leider nicht recht getaut zu haben; auch für ihn ist der Wert der Anstalt anscheinend „unschätzbar“, denn er denkt weder daran, städtische Räumlichkeiten für das epochenmachende Werk noch einen Bauplatz zur Verfügung zu stellen. Die gute Gesinnung der Sozialisten und Toleranten hält er mit 300 Markchen pro Jahr für hinreichend belohnt. Nun kommt es bloß noch darauf an, ob die städtischen Vertreter der Hausagrarier, welche letztere „derartigen Instituten“ nur geringes Verständnis entgegenbringen sollen, sich wenigstens bewilligungslustig erweisen werden, wenn es sich um die Märkte des Steuerfächels handelt.

Die Städtische Gewerbeschule hat in diesem Jahre wiederum eine wesentlich erhöhte Frequenz aufzuweisen. Es betrug die Zahl der Schüler in der Tageschule 246 (wie im Vorjahre), in der Abendchule 522 (+ 70), in der Werkmeisterschule 87 (+ 23), in den Fachklassen für Maler und Lackierer 145 (- 2), in den Fachklassen für Tischler 240 (+ 9), in den Fachklassen für Tapezierer 71 (+ 16) und in der zu Ostern 1902 neu begründeten Fachklasse für Bildhauer 21. Es ergibt das eine Gesamtziffer von 1392 Schülern.

Die Ausstellung und der Verkauf von Arbeiten Kinder findet am 10., 11. und 12. Oktober von 10—6 Uhr im Kaufhaus, Parterre-Restaurantssaal, statt.

Das Befahren des Johannapark-Fahrweges mit Kraftfahrzeugen wird vom Rate und dem Polizeiamt im Interesse der Sicherheit des dortigen Verkehrs verboten. Inwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Wegen Pflasterarbeiten bleibt die Gruniusstraße in L.-Rendnis von der Dresdener Straße bis zur Frommannstraße auf die Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Gegen diese Patentanmeldungen kann bis zum 6. Dezember Einspruch erhoben werden: Nr. 45. Land- und Forstwirtschaft. K. 22441: Werkzeug zum Anlösen des Windfadens für Ballen u. dergl. Aufsatz zur Anmeldung 181300. Rudolf Klingler, Albstadt-Stolzen. — Nr. 54. Papiererzeugnisse und Verarbeitung. M. 21745: Vorrichtung zum Einstellen, Festhalten und Abnehmen der Rollen, Nyl- oder Nutwerkzeuge für Pappe u. dergl. am Querdalken einer Pappensbearbeitungsmaschine. Firma: Chr. Mansfeld, Leipzig-Reuditz. — Nr. 79. Tabak, Cigarren und Cigaretten. W. 18916: Filter für Cigaretten und Cigarren. Dr. Arthur Weglich, Radebeul bei Dresden. — Nr. 86. Weberei. H. 26588: Verfahren und Herstellung von Mustertarten oder Geweben mittels elektrischer Patronen. Aufsatz zur Anmeldung H. 22424. Curt Handwerd, Leipzig, Karolinenstr. 72.

Vermiit wird seit dem 7. d. M. dort in der Gravelotstraße in L.-Wohlts wohnende, 40 Jahre alte Maurer Johann Karl Heinrich Nowak aus Hof. Der Vermittigte ist von mittler Größe, hat schwarzes Haar und dunklen Schnurrbart. Bekleidet ist er mit dunkelblauem Jacketanzug und schwarz und weißem Strohhut. Nowak ist nervenleidend; es wird vermutet, daß ihm ein Unfall zugestoßen ist.

Tödliche Folgen hatte der von uns bereits erwähnte Unfall, der am Sonntag einen hiesigen Brauereibesitzer auf der Rennbahn getroffen hatte. Brauereibesitzer Max Mühl war beim Nehmen eines Hindernisses auf der Rennbahn mit seinem Pferde gestürzt und bewußungslos liegen geblieben. Er hatte einen Schädelbruch, eine Gehirnerschütterung und noch andere schwere innere Verletzungen erlitten. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ist Herr Mühl an den Folgen des Sturzes gestorben.

Gerrenloses Spielzeug. Im Besitze mehrerer wegen Diebstahls festgenommener Personen sind außer anderen Gegenständen auch drei Orden, und zwar ein Offizierskreuz des sächsischen Albrechtsordens, ein Komturkreuz des ernestinischen Hausordens von Sachsen-Altenburg und ein Komturkreuz des österreichischen Franz Joseph-Ordens vorgefunden worden, die jedenfalls von einem Einbruchsdiebstahl herrühren. Der Eigentümer kann sich bei der Kriminalabteilung des Polizeiamts melden.

Gewarnt wird vor einem Betrüger, der auswärts und auch hier sein Unwesen mit Erfolg betreiben hat. Der Unbekannte giebt sich für einen Studenten aus Jülich aus und sucht seine Opfer hauptsächlich unter den Inhaberinnen von Pensionaten, bei denen er möblierte Wohnungen bezieht. Er übergiebt dann der Wirtin einen verschlossenen Brief, angeblich mit Wertpapieren, zur Aufbewahrung und bittet, ein etwa für ihn einlaufendes Paket mit Photographien einzulösen. Es erscheint dann auch ein Bursche mit einem solchen Paket, wofür er 20 Mark einbehalten soll. Brief und Paket enthalten nichts weiter als Papierschnitzel. Der Betrüger ist 22 bis 23 Jahre alt, von übermittler, schlanker Gestalt, trägt Schnurrbart, sowie einen Zwickler und spricht schweizerischen Dialekt.

Durch Erhängen hat sich vergangene Nacht ein in der Mühlentstraße in Plagwitz wohnender 39 Jahre alter Schlosser aus Mochwitz den Tod gegeben. Ueber den Beweggrund hierzu hat sich noch nichts Näheres ermitteln lassen.

Hilflos aufgefunden. Im Hofe eines Grundstückes der Windmühlstraße wurde gestern nachmittags ein aus Berlin gebürtiger, 41 Jahre alter Provisionsreisender in hilflosbedürftigem Zustande aufgefunden. Der erkrankte Mann wurde bewußtlos zur Sanitätswache und von da in das Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstorben ist.

Arbeiterrißo. Beim Regen von Telegraphenleitungen stürzte in der Plagwitzer Straße gestern ein 28 Jahre alter Arbeiter aus der Oberhardstraße infolge Rchtritts etwa 7 Meter hoch von einer Leiter herab, wobei der Mann eine nicht unerhebliche Verstauchung der Wirbelsäule davontrug. Der Bedauernswerte mußte nach dem Städtkrankenhaus übergeführt werden. — Eine nicht unerhebliche Kontusion des Rückens zog sich ein 49 Jahre alter Arbeiter aus der Könterstraße beim Ausschachten einer Schiene im Nordviertel durch Sturz mit einem Gerätekasten zu.

Unfälle. In der Plagwitzer Straße stieß gestern ein Motorwagen mit einem Wägereckler zusammen. Letzterer wurde leicht beschädigt. — An der Ecke der Südstraße und Kaiserin Augustas-Straße fiel gestern die aus Stroh bestehende Ladung eines Wagens auf die Straße, so daß sich eine Unladung nötig machte. Der Verkehr wurde dadurch nicht gestört. — In der Südvorstadt ging gestern nachmittags das Pferd eines sogenannten Gig infolge des Zerreißens der Bügel durch. Der Besitzer des Wagens und sein Kutscher sprangen von dem Wagen ab und nahmen keinen Schaden. Das Pferd kam dann an der Ecke der Kaiserin Augustas-Straße und Südstraße zum Stillstehen, wobei auch der Wagen umfiel. Letzterer wurde erheblich beschädigt.

Nach Unterschlagung von 54000 Kronen ist aus Wien der Postbeamte Friedrich Proch flüchtig geworden. Die österreichische Postbehörde hat auf die Festnahme des flüchtigen 1000 Kronen Belohnung ausgesetzt, außerdem aber auch noch 10 Prozent des Geldes, das wieder herbeigeschafft wird, als Belohnung zugesichert.

Meine Polizeinachrichten. Kürzlich wurden aus einer Wohnung der Seumestraße in L.-Schleußig vier goldene Ringe im Werte von 150 M. entwendet und zwar, wie nunmehr ermittelt worden ist, von einer 37 Jahre alten Aufwärterin aus Oschersleben. Die Diebin ist verhaftet worden. Die Ringe hatte sie verpfändet, die Pfandscheine aber vernichtet.

In Haft genommen wurde ein 40 Jahre alter Maurer aus Wien, der bei einer Bewohnerin von L.-Neustadt Schlafstelle bezog, der Frau angeblich zum Abholen seiner Sachen von der Bahn, einen Geldbetrag abschwindelte und damit verschwand. Vermutlich fallen dem Festgenommenen auch noch andere derartige Verbrechen zur Last.

Von einem Kollwagen wurde am 30. September eine G. P. 6789 gezeichnete Miste mit Papierwaren gestohlen.

Ferner ist ein Fahrrad, sogen. Straßengerrenner, mit der Bezeichnung Fahrradwerke Rielenfeld-München Nr. 4855 im Werte von 180 M. gestohlen worden.

In der Universitätsstraße wurde in eine Schankwirtschaft eingebrochen. Die Diebe haben dort einen Geldbetrag, Briefmarken, Postkarten, Cigarren und Cigaretten gestohlen.

Von einem Lagerplatz an der Rabener Straße in Leipzig-Lindenau stahlen Diebe einen Hahn, sechs Hühner und zwei Tauben.

Ein Garbinenbrand entstand gestern abend in einer Wohnung der Thomaststraße. Das Feuer konnte von den Bewohnern unterdrückt werden, so daß die Feuerweh nicht in Thätigkeit kam.

Aus der Partei.

Ein ergreifender Todesfall ereignete sich am 6. Oktober in einer sozialdemokratischen Frauenversammlung in Breslau. Die Genossin Josephine Döring hatte eine Recitation von Hofmanns Gedichten übernommen. Sie erzählte vorher den Lebensgang des Breslauer Dichters, erwähnte dabei, daß er auf dem Friedhof in Rothkretscham schlief und daß auf seinem Grabstein die Worte eingemeißelt stehen: „Susie nicht, ad heim.“ (Sohn nicht, nur heim.) Dann begann sie das Vorlesen des Gedichtes, das die gleichen Worte als Ueberschrift trägt. Btöglich hielt sie ein, sah sie mit der Hand an den Kopf und laut ohne einen Laut auf den Stuhl zurück. Ein Herzschlag hatte unsere Genossin dahingerafft. Bis an ihr Lebensende hatte „Mittel Döring“, wie sie in Genossentreffen hieß, als Näherin fleißig arbeiten müssen und trotz ihres Alters und ihrer Leiden noch täglich an der Maschine ihr Brot mit verdient, besonders noch in der letzten Zeit, wo ihr Mann arbeitslos war.

Die Parteigenossen Münbergs haben am 6. Oktober einen ihrer treuesten Mitkämpfer durch den Tod verloren: Georg Frank, Kassenvorstand. Auf ein Alter von 53 Jahren schaute er zurück, von denen fast die Hälfte in engster thätigerer Zugehörigkeit zur Partei ihm verfloßen sind.

Als Referenten über den Zolltarif im Reichstage werden von sozialdemokratischer Seite fungieren für Chemikalien Abg. Antia, für pflanzliche Spinnstoffe Abg. Reiffhaus, für Getreide Abg. Mollenbuh.

Soziale Rundschau.

Sozialpolitisches.

f. Die Aufstellung eines Bauarbeiters aus dem Stände der Arbeiter wurde vom Stadtmagistrat Schweinfurt wiederholt abgelehnt. Die Bauarbeiterschuldkommission, die diese Forderung neuerdings stellte, hatte in ihrer Begründung auf die schweren Mißstände bei zahlreichen Bauten hingewiesen. Unter den Gründen, die nun für die neuerliche Ablehnung ins Feld geführt wurden, befand sich auch der, daß die Bauten, die zu der Eingabe Anlaß gaben, bereits fertig gestellt seien. Das ist auch ein Standpunkt!

g. Unter Berufung auf die zunehmende Arbeitslosigkeit für den Steinarbeiter der Stadt Würzburg, daß bei Vergütung von Steinarbeitern durch die Stadt nur solche Unternehmer berücksichtigt werden sollen, die sich verpflichten, alle Arbeiten am Orte selbst herstellen zu lassen. Bisher wurden die Arbeiten vielfach auswärts gemacht, wo billigere Arbeitskräfte zu haben sind.

Gewerkschaftliches.

Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter. In der Sitzung des Ausschusses des Bergarbeiterverbandes vom 7. Oktober hatten einzelne Mitglieder die Ansicht ausgesprochen, daß bei der Regierung noch ein letzter Schritt versucht werden sollte, ehe man einen so folgenschweren Beschluß, wie den des Gesamtausschusses, fasse. Das Nationalkomitee der Bergarbeiter hielt am 8. Oktober in der Arbeitsbüro eine neue Beratung ab, in der der Generalausschuss beschlossen wurde; die Arbeit soll am 9. Oktober früh niedergelegt werden.

In der an die französischen Grubenarbeiter gerichteten Rundschreibung des Nationalkomitees, in der der Generalausschuss proklamiert wird, heißt es, nachdem das Komitee der Grubenbesitzer Frankreichs es abgelehnt haben, eine Abordnung der Arbeitgeber zu entsenden, welche mit Vertretern der Arbeiter über die Frage des Minimallohnes, der Organisation und der Regelung der Arbeit sich besprechen sollten, sei es angebracht, in den Generalausschuss einzutreten. Der Aufruf wendet sich auch an die Grubenarbeiter im Auslande und fordert dieselben auf, sie in einer ihnen geeignet erscheinenden Weise zu unterstützen. Ferner wendet sich der Aufruf an die Soldaten und erinnert sie an die jüngsten Ereignisse in der Bretagne und an die Haltung des Obersten de Saint Rémy, der sich geweigert habe, die Befehle seiner Vorgesetzten auszuführen, weil sie mit seinem Gewissen im Widerspruch standen.

Der Beschluß des Nationalkomitees der Grubenarbeiter wurde einstimmig gefaßt. Das Komitee erwartet, daß von insgesamt 108000 Arbeitern morgen 100000 streiken werden und daß die Zahl derselben am Montag 180000 erreichen wird. In verschiedenen Departements sollen die Streikenden auf monatelangen Widerstand gefaßt sein.

Wie es heißt, telegraphierte der Ministerpräsident an die Präfekten der von dem Bergarbeiterausstande berührten zwölf Departements, alle in diesem Falle vorgeschriebenen militärischen Maßnahmen zu treffen.

In Valenciennes sind 55 Delegierte der gelben Gewerkschaften der Bergarbeiter zusammengetreten, um Stellung zum Streik zu nehmen. Diese 55 Delegierte vertreten 5000 Organisierte aus den Gruben von Anzin, Aniche-Douchy und Fresnes-Mtbl. Die über die Grenzen Frankreichs hinaus berühmte Streikbrecherorganisation beschloß denn auch, am Streik nicht teilzunehmen, sondern sich truppweise nach den Gruben zu begeben.

Vom amerikanischen Bergarbeiterstreik. Mitchell und drei Distriktspräsidenten der Grubenarbeiter-Vereinigung wohnten am 7. Oktober einer Sitzung der National Association of Manufacturers bei, in welcher über Mittel beraten wurde, die eine Beendigung des Kampfes herbeiführen könnten. Dem Vernehmen nach wurde in der Sitzung auch der Mitchell durch den Kommissar des Arbeitsamtes Wright überbrachte Vorschlag Roosevelt's erörtert.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Newyork, über 30 Zweigvereine der Bergleute-Vereinigung mit 30 000 Mitgliedern hätten fast einstimmig für die Fortsetzung des Ausstandes gestimmt. Es gehe das Gerücht, die Bergarbeiter seien nicht mehr eintig.

Mit Rücksicht auf die Kohlennot haben die Stadtverordneten von Newyork 100 000 Dollars für den Ankauf von Kohlen im offenen Markt zur Vertheilung an Arme bewilligt.

Generalstreik in Genf. 224 Gewerkschaftsdelegierte beschloßen am 8. Oktober mit allen weniger vier Stimmen und bei zwanzig Stimmenthaltungen sofort in den Gesamtausstand einzutreten. Der Staatsrat beschloß angesichts des Generalstreiks, das 13. Bataillon des Auszugs in die Kasernen einzuberufen und drei Genfer Compagnen der Landwehr in Bereitschaft zu stellen.

Von Nah und Fern.

Ertrunken.
Berlin, 9. Oktober. In der Nacht vom Sonntag ist auf dem Tegeler See ein Ruderboot gekentert, dessen Insassen, ein Techniker und ein Ingenieur, ertrunken sind.

Schiffsunfälle.
Hamburg, 9. Oktober. Der Hamburger Vörsenballe zufolge ist der deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Kosmos gehörige Dampfer Kambyses an der Küste von Costarica gestrandet. Die Mannschaft und die Passagiere sind gerettet.

Bremen, 9. Oktober. Der deutsche Dampfer Kronprinz Wilhelm kollidierte am Mittwoch morgen bei Beach-Head im Kanal bei Rebel mit dem englischen Dampfer Robert Thubam, wobei der letztere sank. Seine Mannschaft wurde bis auf zwei gerettet und vom Kronprinz Wilhelm in Southampton gelandet. Der englische Dampfer zählte nur 572 Registertonnen. Der deutsche Dampfer erlitt keinen Schaden und hat heute nachmittag seine Reise von Southampton nach Cherbourg fortgesetzt.

Arbeiterriß.
Wien, 9. Oktober. Wie die Kölnische Volkszeitung meldet, stürzte am Dienstag abend in Wollheim bei Düsseldorf eine Lokomotive in eine Grube, über die das Gleis führte. Zwei Arbeiter sind hierbei ums Leben gekommen und vier schwer verletzt; zwei andere werden vermisst.

München, 9. Oktober. Durch die Explosion des Dampfessels in einem Luchscheregeschäft an der Sendlinger Straße wurden gestern abend zwei Gehilfen leicht und der Geschäftsinhaber schwer verletzt.

Duellmörder.
Karlsruhe, 8. Oktober. Gestern morgen fand auf dem Eitlinger Schießplatz ein Pistolenduell zwischen dem Studierenden der technischen Hochschule Ruff, Mitglied des Corps Franconia, und einem Angehörigen der Freiburger Universität, dem Studierenden der Rechte Reiff, Mitglied des Corps Svevia, statt. Reiff erhielt einen Schuß in den Unterleib und starb. Die Veranlassung bot eine gewöhnliche Anwesenheit in einem Café, die in Thälchkeiten ausartete, als Reiff der Aufforderung, mit Ruff herauszukommen, mit den Worten: „Mit Ihnen komme ich nicht raus“ nicht Folge leistete. Die Antwort war ein Schlag ins Gesicht. Bemerkenswert ist noch, daß der Karlsruher S. C. sich zur Zeit in schwerem Waffenerwerb mit dem Köfener S. C. befindet. Der Freiburger Schwabe mußte deshalb aus seinem Corps austreten, um sich in Karlsruhe einschreiben lassen zu können.

Brandunglück.
Schleswig, 9. Oktober. Bei einem Hausbrande sind drei Kinder in den Flammen umgekommen. Mehrere andere Kinder, die aus den Fenstern sprangen, erlitten schwere Verletzungen.

Explosion.
Spezia (Italien), 8. Oktober. In einem Pulvermagazin am Hafen von Panigaglia ist ein Geschloß explodiert. Fünf Mann sind getötet und zwei verwundet.

Eisenbahnkatastrophe.
Lissib, 9. Oktober. Auf der nach Sabunski führenden Zweiglinie der transkaukasischen Bahn ist am Abend des 5. Oktober der Oberbau einer Eisenbahnbrücke in Brand gesteckt worden. Als Arbeiter zum Löschen des Feuers herbeikamen, wurden auf sie Revolvergeschosse abgegeben; doch ist niemand getroffen. Die Verdrehen sind in der Dunkelheit entflohen. Der Brand ist gelöscht. Auf der Brücke fand man einige mit Petroleum gefüllte Eimer.

Petroleumexplosion.
Beaumont (Texas), 8. Oktober. In den benachbarten Petroleumfeldern brach Feuer aus, bei dem 12 Personen umkamen.

Vermishtes.

Der Schnupfen in wissenschaftlicher Beleuchtung.
Die meisten Bezeichnungen für Krankheiten entsprechen einigermaßen abgetragenen Begriffen. Eine peinliche Ausnahme davon oder macht gerade eins der verbreitetsten Leiden, das schon dadurch besonders kränkend wird, weil es nicht als Krankheit respektiert und gar oft dem Spott überliefert wird, nämlich der Schnupfen. Man kann die Frage, was der Schnupfen eigentlich ist, jedem Bekleibigen vorlegen, sogar jedem Arzte, man wird keine Antwort darauf erhalten, die über ziemlich allgemeine Lebensarten hinauskommt. Daß der Schnupfen eine entzündliche Schwellung der Nasenschleimhaut in Verbindung mit einer daraus sich ergebenden

Absonderung darstellt, ist allerdings sicher, giebt aber keine Definition des Leidens, von der man nach den Grundrissen der heutigen Wissenschaft doch gleichzeitig eine Auffklärung über die Entstehung der Krankheit verlangt. Sehr verdienstvoll sind daher die Ausführungen von Dr. Löbberg in Hamm, der in einem Aufsatz der Wiener Klinischen Rundschau einige Ordnung und richtige Beleuchtung in die verworrenen Ansichten über den Schnupfen zu bringen versucht. Wenn der Laie schleichlich vom Schnupfen spricht, so meint er damit jene schon näher bezeichneten Erscheinungen, die für den Arzt in den meisten Fällen nur als Symptome wichtig sind. Ob ein solcher Schnupfen von einer Verstopfung der Nase durch Polypen oder von einer Entzündung ihrer Schleimhaut etwa durch giftige Dämpfe oder von noch anderen Ursachen herrührt, bleibt gegenüber der Thatsache des Schnupfens selbst meist unbeachtet. Was die Entstehung betrifft, so begnügt man sich, ergeben in sein Schicksal, gewöhnlich mit der vermeintlichen Einsicht: Ich habe mich erkältet, und fügt damit zu der ganz ungewissen Benennung der Krankheit die Annahme einer ebenso unbestimmten Entstehungsurache. Dr. Löbberg sagt geradezu, daß der gewöhnliche Schnupfen überhaupt keine Krankheit an sich sei, sondern nur ein Sammelname oder eine Art von Familienname für eine ganze Anzahl verschiedener Krankheiten und weist im besonderen darauf hin, daß es eben aus diesem Grunde, wie der Seilkunde oft vorgeworfen wird, auch kein Heilmittel noch eine erprobte Behandlungsweise gegen den Schnupfen oder, wie man in Norddeutschland mit einem beinahe ebenso unnihen Wort sagt, den „Natarach“ geben könne. Für die wissenschaftliche Beurteilung des Schnupfens wird es am meisten darauf ankommen, ob es ein besonderes Schnupfengift giebt, d. h. irgend eine Infektion von außen her, vielleicht durch einen eigenen noch nicht bekannten Bazillus, die für einen Ausbruch des Schnupfens verantwortlich zu machen wäre. So lange dafür der Nachweis noch nicht erbracht ist, wird man diese Vermutung auch von der Betrachtung ausschließen müssen. Durch schädliche Dämpfe, z. B. von Säuren oder auch durch Straßensaub, ferner durch Blütenstaub von Pflanzen (Heuschnupfen) kann das Leiden mit seinen gewöhnlichen Erscheinungen zweifellos verursacht werden. Wahrscheinlich aber ist eine derartige Veranlassung des Schnupfens gar nicht so häufig und jedenfalls viel seltener, als gewöhnlich angenommen wird. Am öftesten wird ein Schnupfenanfall nur die Verschlimmerung eines chronischen entzündlichen Zustandes der Nasenschleimhaut sein. Wo ein dauernder Natarach vorhanden ist, kann und mag von Zeit zu Zeit ein Schnupfen eintreten, ohne daß eine Einwirkung von außen her wie eine Erkältung stattgefunden zu haben braucht. Vor hervorragender Wichtigkeit nach den Erfahrungen von Dr. Löbberg ist der Einfluß des Raucherens und der zahlreichen Höhlen und Wunden in dessen Umgebung, namentlich auch der Mandeln. Es ist gar nicht anzunehmen, daß Kinder an sich häufiger zu Erkältungen neigen als Erwachsene, und wenn sie wiederholt den Schnupfen bekommen, so ist dadurch immer der Verdacht einer entzündlichen Entzündung der Mandeln oder im Schlundhohle gegeben. In Verbindung dieses Zusammenhangs wird zweifellos überaus oft eine falsche Behandlung eingeleitet. Sodann kommen die Entzündungen der Höhlen in der Nachbarschaft der Nase in Betracht, namentlich der Nieserhöhlen und der vorderenellen des Sieb- oder Nebenhirns. Ein bekannter Arzt hat behauptet, daß Entzündungen in den Luftwegen fünfzehnhundertmal häufiger an toten als an lebenden Personen gefunden wurden, und dies Mißverhältnis würde den Beweis liefern, daß diese Erkrankungen in der Mehrzahl der Fälle unentdeckt bleiben. Abund kann mancher Schnupfen, der durch die Veranlassung wird, auf unerklärliche Weise eintreten, dem Witterungseinfluß zugeschrieben und einer ganz falschen Behandlung unterworfen werden, weil eben die wahre Ursache nicht zu Tage tritt. Die Erkennung eines Schnupfenanfalls kann also niemals auf anderem Wege als durch eine möglichst genaue Untersuchung der Nasenhöhle und ihrer Nachbarschaft gegeben werden, und man muß sich vor allem hüten, allzuviel Gewicht auf die äußere Infektion und auf die Bedeutung der sogenannten Erkältungen zu legen, wonit ja nicht gesagt werden soll, daß man sich vor diesen beiden Einflüssen nicht auch in Acht zu nehmen hat. Die Schnupfennmittel, die vielleicht in diesen und jenem Fall sehr gut helfen, werden aus dem gleichen Grunde niemals eine Heilung in allen Fällen bringen, weil es eben auf die Beseitigung verschiedener Ursachen ankommt, die nicht alle derselben Behandlung weichen. Ein Unverleibmittel gegen den Schnupfen finden zu wollen, ist ebenso unnnig wie die Suche nach einem allgemein wirkenden Mittel gegen Kopfschmerzen.

Briefkasten der Redaktion.

G. H. 44. Der Vorstehende des Beschränkungscomitees für Kinder würdiger Armen in der Altstadt Leipzig ist Prof. Dr. Friede, Windmühlenstraße 40, II.

Auskunft in Rechtsfragen.

J. G. Sie haben dem zu klüdnigen, der den Laden etc. von Ihnen gemietet hat. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Räumung.
E. M., Lindenau. 1. Sie können bis spätestens 15. Oktober für Ende Oktober klüdnigen. 2. Ein solcher Erklarungsanspruch ist ansichslos. 3. Diese Schulden müssen Sie bezahlen. Wir raten, es nicht zur Klage kommen zu lassen.

Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse. Offentl. Versammlung. Schillerstr. 10. Windmühlenstraße. Abends 7 1/2 Uhr.
Verein für Gesundheitspflege und arzneiliche Heilmittel in Rudolfs-Reschütz. Drei Wochen. Abends 7 1/2 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Grünsüßchen u. Kohlrabi mit Kalbfleisch.
Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Sauerkraut u. Röhre mit Pfefferfleisch.

Jetzt bedeutend billiger!

Neue modernste Anzüge, schwarz, u. gestreift, Hosen, Joppen, Paletots, Koffer, Schuhwaren, Uhren, Ketten, Ringe billigt nur bei **Lory, Lindenau, Quisamutstr. 19** und wie früher Kleine Fleischergasse 11.

Infolge eigener Fabrikation 15 Prozent billiger

als jeder Kaufmannverein empfehle Strümpfe, Strumpfhosen, Damenwesten, Herrenjacken, Unterhosen, Normalmenden, Baronthemen, Leibhosen, Handschuhe, Schwitzer für Knaben von 95 ct an, Kinderröckchen von 50 ct an. (1897)
Ernst Vieweg, Strumpfwarenfabrik, Mühlengasse 16.

Reisemuster etc.

in Schürzen, Untersachen und Sweaters giebt billig ab. [8932]
Fabrik Weststr. 67, pt.
Kragen, Mantel u. Umhang f. all. Damen verf. bill. Wohlw. Meyer Str. 11, IV. r.
Eleg. Damenrad, neu, mit Garantieflecken, spottbillig, Sebastian Bach-Str. 82 und Kochstraße 7.

Theaterveranstaltungen.

Neues Theater.
Donnerstag den 9. Oktober: 288. Abomm.-Vorstellung (8. Serie, meh.); Zum erstenmal:
So leben wir.
Luftspiel in 4 Akten von Leon Leipzig.
Regie: Regisseur Hünfelder.
Besehmer Kommerzienrat Bernhaus Dr. Heise
Martha von Hüggenheim } seine Töchter Fr. de Salzh
Nelly Fr. Oelde
Bruno, sein Sohn Dr. Schuy
Hans Freiherr von Overbeck, Herrenreiter Dr. Hünfelder
Justizrath Dr. Brinkow Dr. Huth
Rechtsanwalt Dr. Werner Brinkow, sein Neffe Dr. Huth
Erna Memmen, Schauspielerin Fr. Kollwatz
Pauline, ihre Gesellschafterin Fr. Dallberg
Schmidt, Bureaudienner des Justizraths Brinkow Fr. Schmelde
Ein Diener Dr. Schuffenbauer

Ort der Handlung: Eine deutsche Großstadt. — Zeit: Die Gegenwart.
Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr. **Schausp.-Preise.**
Spielplan: Freitag: Die tote Stadt. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Der Troubadour. Vorher: Die Puppenfee. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.
Donnerstag den 9. Oktober:
Zum erstenmal:
Die Kreuzkrieger.
Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von L. Angenreber.
Musik von Adolf Müller junior.
Regie: Regisseur Paas. — Direktion: Kapellmeister Hindelsen.
Anton Huber, der Bauer vom Gelben Hof Dr. Heise
Joseph, sein Weib Fr. Zureberg
Der Großbauer von Grunddorf Dr. Greiner
Der Steinloperhanns Dr. F. Groß
Welt, der Wirt Dr. Schröder
Marthe, sein Weib Fr. Busse
Liesel, Kellnerin Dr. Huth
Klaus Dr. Walter
Mathies Dr. Köbbeling
Mittelmeyer Dr. Demme
Der alte Brenninger Dr. Haas
Veronika, Altmeyers Weib Fr. Renner
Mahl Dr. Sack
Lobal Fr. Sturmfeld
Martina Fr. Sternberg
Sypp Fr. Jde
Rosl Fr. Moriz
Ulzel Fr. Hofke
Hanns Fr. Renner
Loblas Dr. Steinig

Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Gew.-Preise.**
Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—8 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr an der Tageskasse (mit Aufgeld von 80 Pf. pro Billet).
Spielplan: Freitag: Die Landfreier. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Alt-Heidelberg. Anfang 7/8 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.
Dir.: Anton Hartmann. Sophlenstr. 12.
Nachdruck verboten. Nachdruck verboten.
Donnerstag den 9. Oktober:
Siflott.
Historisches Lustspiel in 4 Akten von Heinrich Stobber.
In Scene geleitet von Hrn. Oberregisseur Eggeling.
Ludwig XIV., König von Frankreich Ernst Bornstedt
Philipp, Herzog von Orleans, dessen Bruder Lothar Wehnert
Elisabeth Charlotte, des letzteren Gemahlin Margarete Frey
Marquise von Montespan Katharina Fernoff
Madame Scarron, spätere Marquise von Malntenon Katharine Winkler
Venor von Rathshausen, Elisabeths Hof- Julia Stegert
fräulein Ray Brückner
Graf Harting
Marschallin Granca, Oberintendantin des herzoglichen Hofstaates Elisabeth Anders
Graf Laujan Kurt Böttcher
Baron d'Auray } Hofkavaliere Hans Fredow
Chevalier Pontigny Armand Fayre
Graf La Garde Kavaliere des Arthur von Gerwig
Chevalier von Lorraine } Herzogs Emil Bartholomä
Baron, Haushofmeister des Herzogs Hans Möller
Rüdenel Wilhelm Berthold
Beschlüßlerin } des Herzogs Martha John
Gardrobbläre Gerd Bernow
Dubois, Schenkdiener Jean Hofmann
Polsson } Bürger von Paris Bernh. Wildenhalm
Lissot Albert Witz
Leintürker Georg Wittmann
Marais Emil Witz
Mabelon, seine Tochter Ann Leckinsky
Tempel, ein Stroch Robert Jorch
Kammerherr Karl Engelshardt

Herren und Damen, Besolge, Wagen, Lakaien und Stroche.
Das Stück spielt im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts, teils im Schloße S. Germain, teils in Paris und teils in Versailles.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Gewöhnliche Preise.
Vorverkauf und Verkauf von Tagebillets bei F. A. Coppius, Cigarren-Import, Peterstraße 15. — Die Tageskasse im Theater ist täglich geöffnet von 10—2 Uhr, Sonntag von 11—2 Uhr. — Abonement können zu jeder Zeit entnommen werden.
Spielplan: Freitag: Emilia Galotti. — Sonnabend: Lebendige Stunden. — Sonntag: Die Schmetterlingsflucht.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt
E. Kriebler, 2. Plagwitz
Schloßstraße 50.
NB. Abonement auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

Hermann Baumann

2 Südstrasse 2
macht Freunde u. Genossen auf seine soliden Arbeitshosen und Jacken für Maurer, Zimmerer, Schloffer etc., Schuhe, Stiefel und Filzwaren aufmerksam. [7511]

Sofort darauf zu warten.

Herrenjohlen u. Abfahlfede v. 1.90 an
Damenjohlen u. Abfahlfede v. 1.50 an
Kinderjohlen u. Abfahlfede . 0.80—1.50
Filderei, Schuherveränd. schnell, gut, billig
Gummizüge 1. A. Mühlengasse 7.
Dampfschneiderei

Käufe und Verkäufe.

Möbel, Betten, Spiegel, Sohrknecke bill.
zu verf. Plagwitz, Mühlengasse 31.

1 prachtv. Bettstelle, Matrache, Obers.

Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 A
sof. zu verkaufen Brühl 48/49, Vorderh.
Pilsch-Ottomans 40 A, Stoff-Ottomans
25 A. Reusstadt, Wollmannstr. 38, II.
Webr. Kldrsohr. 10, Sofa 16, Bettst. m. Matr.
5, Stühle 1.50 A u. versch. b. Sophienstr. 52, pt.

Ausverkauf.

Sollen günstiges Angebot:
Mehr als 100 Bettstellen mit Matrachen
früher 30 A jezt 28 A
Perri. schöne Sofas fr. 80 A jezt 60, 40 A.
Marmor-Waschtische 18 A
Große Pfeiler Spiegel von 6 A an.
Prachtvolle schöne Gattinuren
früher 150 A jezt 100 A
Große Auswahl von Bettstos, Kleider-
schranken, Kücheneinrichtungen.
Ständig billig.
Nie wiederkehrende Einkaufsgelegenheit.
Nürnbergstr. 16, I, P. Brendel.
Kuch ist so mandes alte Stück billig abzug.

2 noch guter Herren-Unterüberzieher
zu verf. Paunsdorf, Wilhelmstr. 147, pt. r.
Getragenen Winterüberzieher verkauft
billig Sülzerhausen, Burgener Str. 153, III.

Unterhaltenes Fahrrad für 60 Mk. zu

verkaufen. Müllern, Albertstr. 10, pt. r.
6 gebrauchte Fahrräder zu verkaufen bei
E. Bauer, B.-Anger-Gr.

Fahrbrenner; gut erhalten, für 50 Mk. zu
verf. Plagwitz, Jochergasse Str. 35, II. I.
Singer-Nähmaschine, fast neu, f. 35 Mk.
zu verf. Meubnig, Gemeindeftr. 5, S. II.
Bill. gebe. Kinderwagen m. Gummireifen
zu verf. Meubnig, Ludwigsstr. 63, S. I.
Umständl. schön einger. Garten f. 40 Mk. zu
verf. Nähb. Elmer, Connewitz, Schulstr. 6, II.
Witzhaare werden zu kaufen gesucht.
Anger, Heiligstr. 23.

Wohnungsanzeigen.

Schönes Part.-Logis wegg. 1. Nov. f. 250 A
zu verm. Lindenau, Leupoldstr. 43, pt.
Logis, 2 St., 1 K., K., f. 274 A
sofort zu verm. Lind. Landungsstr. 18, III. r.
Stube und Küche sofort zu vermieten.
Stillerly, Hauptstr. 11, pt. I.
Leere Stube zu vermieten.
Plagwitz, Elisabethallee 65, III. I.
Dr. Hünfelder, Stube m. Kochofen b. ruh. Vent.
sof. od. sp. zu verm. Schönbauer Weg 85, I. r.

Leere Stube zu vermieten.

Vollmarsdorf, Torngauer Str. 13, S. III. I.
Dr. Hünfelder, Stube, Kammer u. Keller so-
zu verm. Kleinschlocher, Rudolfsstr. 34, pt.
Leere Stube zu vermieten.
Plagwitz, Mühlengasse 28, I.
Dr. leere Stube mit Ofen an ruh. Vent.
zu verm. Plagwitz, Mühlengasse 33, II. B.
Frül. Stube für Herren zu vermieten.
Braufer 20, II. r.
Möbliertes Zimmer zu vermieten.
Leipzig, Markt 17, Tr. B, III. I.
Frül. Schlafstube f. Herren oder Mädchen
zu vermieten. Sibontenstr. 85, IV. I.
Frül. Schlafstube sof. od. sp. zu verm.
Sülzerhausen, Paulinenstr. 1, II. 2. r.
Schlafstube für Herren oder Mädchen zu
vermieten. Burgener Str. 116, IV.
Freundl. Schlafstube zu vermieten.
Leipzig, Altonstraße 30, II. r.
2 j. Handwerker suchen einj. möbl. Zimmer,
N. Johannsplatz, Df. m. Br. u. F. K. Hauptpostf.
Einfach möbl. Zimmer in Leipzig
gesucht, möglichst Hauptstraße. Zu erfr.
bei Stoye, Grenzstr. 1. [9078]

Neunte Jahresversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen im deutschen Reich.

G. Hamburg, 8. Oktober.

Die heutige dritte Hauptversammlung wird vom Vorsitzenden Apotheker Steinmeyer in Leipzig eröffnet.

Zunächst wird ein Antrag Simanowski-Berlin angenommen, welcher verlangt, daß wenigstens die Ortskrankenkassen der größeren Städte einheitliche An- und Abmeldeformulars einführen.

Die Versammlung nimmt hierauf Stellung zu den Beschlüssen des 30. Vortages, soweit sich dieselben auf das Krankenkassengesetz beziehen.

Rohr-Berlin führt aus, daß die Krankenkassen alle Ursache hätten, den Beschlüssen der Vortage mehr Beachtung zuzuwenden. Wenn den Beschlüssen des 30. Vortages Rechnung getragen würde, dann würde es um die Kassen schlimm bestellt sein. Die Beschlüsse, die dort gefaßt worden seien, könne man nur als den Ausfluß der kassenlosen Standesinteressen bezeichnen. Die Herren haben an den Bundesrat eine Denkschrift gerichtet, die bei der in Aussicht stehenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes die Interessen des Vortages gewahrt wissen will.

So heißt es in der These III des Vortages: „Die Mitglieder der Krankenkassen sollen die Hilfe jedes Arztes anrufen können, der im Bezirke thätig ist und sich auf die vereinbarten Bedingungen verpflichtet hat. Die gegenwärtigen Leistungen zwischen Ärzten und Krankenkassen sollen vereinbart werden von Kommissionen, die zu gleichen Teilen von Ärzten des Bezirkes und Delegierten der Krankenkassen gebildet werden. Den Honorarbestimmungen seitens dieser Kommissionen ist die staatliche Taxe zu Grunde zu legen.“ Die letzten Vortage haben wirklich nicht Zeugnis davon gegeben, daß die dort versammelten Ärzte an sozialpolitischer Einheit gewonnen haben. Die wirklich sozialpolitisch gebildeten Ärzte — es sind nur eine kleine Minorität — ist denn auch mit den Beschlüssen des Vortages nicht einverstanden.

Wie steht es mit dem Vortagehonorar? Von den Gesamtausgaben der Krankenkassen im Jahre 1900 entfielen auf Krankengeld 80 955 542 Mark, auf Vortagehonorar 34 331 348 Mark. Da die Zahl der Ärzte im Jahre 1900 28 174 betragen hat, so entfiel auf jeden Arzt ein Honorar von 1218 Mark gegen 907 Mark im Jahre 1896. Während 1896 auf den Kopf des versicherten Arbeiters an Vortagehonorar 3.12 Mark entfielen, wurde im Jahre 1900 3.40 Mark gezahlt. Die Stellen für die Ärzte zur Behandlung derjenigen Personen, die ein Einkommen von etwas mehr als 2000 Mark haben. Sie verlangen allen Ernstes, daß alle diese Personen weder Mitglieder von Krankenkassen werden, noch bleiben können. Nebenher geht noch auf einen Artikel der Medizinischen Reform ein, in dem ein Arzt sich sehr darüber entrüstet, daß seine Kollegen mit den sozial so tief stehenden Gewattern Schuster und Schneider, die an der Spitze der Kassen ständen, verhandeln müssen. Das sei doch eine Verrogung sondergleichen. Wirklich einsichtsvolle Ärzte hätten gerade erklärt, daß sie ihren sozialpolitischen Gesichtskreis durch den Umgang mit Gewatter Schuster und Schneider erweitert haben. Nebenher empfiehlt die folgende Resolution zur Annahme:

„Die Jahresversammlung des Centralverbandes der Ortskrankenkassen erkläre in den Beschlüssen des 30. deutschen Vortages, den Honorarbestimmungen bei den Krankenkassen die staatliche Taxe zu Grunde zu legen und Personen mit Gesamteinkommen über 2000 Mark von der Krankenversicherung auszuscheiden, den Ausschluß einzeliger Interessenpolitik und bedauerlicher sozialpolitischer Missethätigkeit.“

Direktor Hlmann-Leipzig beantragt, die letzten vier Worte in der Resolution Rohr zu streichen, um unliebsamen Präzedenzfällen zu entgehen.

Dr. Lennhoff-Berlin giebt zu, daß die Grenze von 2000 Mark zu niedrig sei. Es gäbe aber Mitglieder in den Krankenkassen, deren gesamte Lebensführung auf Grund ihres Einkommens auf einer Höhe stehe, die im Widerspruch sei mit dem tarifmäßigen Honorar. Die Zusammenfassung des Vortages sei für die vorliegende Frage insofern keine günstige, als dort nur ein Teil der mit den Kassen arbeitenden Ärzte vertreten sei. Die wichtigste dort aufgestellte Forderung sei die, daß überall Ärzte- und Kassenkommissionen gebildet werden sollen, die mit einander verhandeln, wie die gestern geforderten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Der Antrag auf Zugrundelegen der staatlichen Mindesttaxe sei gefallen, man habe sich auf die Taxe beschränkt; das bedeute, daß diese für die Abstufung der Wertung der Leistungen maßgebend sein solle. Das sozialpolitische Verhältnis wachse unter den Ärzten, wenn es auch an vielen Stellen noch fehle. In einer Forderung seien alle Ärzte einmütig, der freien Arztwahl, die im gleichen Interesse der Versicherten und der Ärzte liege; solange sie nicht erfüllt sei, werde man nicht zur Ruhe kommen. Nebenher ist mit einer großen Anzahl deutscher Ärzte nur für freie Vereinbarungen. Ärzte und Krankenkassen seien auf einander angewiesen und müßten zu einem friedlichen Zusammenarbeiten kommen, im Interesse der Versicherten.

Sanitätsrat Dr. Liebeschütz-Deffau, Vertrauensarzt der Deffauer Krankenkasse, verleiht die Beschlüsse des Vortages. Die unerhörten Angriffe auf den Vortagestand müsse er zurückweisen. Herr Rohr habe wenig objektiv gesprochen, er habe sich der stärksten Superlative gegen den Vortagestand bedient. Die Ärzte seien keine traffen Egoisten, das müsse er entschieden zurückweisen. Wenn sie für eine Minimaltaxe eintreten, so könne man ihnen das nicht verdenken, das thun auch andere Leute. Als Vertrauensarzt einer Kasse, die die freie Arztwahl eingeführt habe, wolle er bestrebt sein, die zwischen Ärzten und Kassen bestehenden Gegensätze auszugleichen. Er bitte, die berechtigten Forderungen der Ärzte zu unterstützen. Rebel und Wurm hätten bei der Beratung des Krankenkassengesetzes im Reichstag selbst zugegeben, daß die Ärzte für ihre Leistungen ein Lumpengeld bekommen.

Braun-Königsberg weist darauf hin, daß die Betriebskassen die Ärzte noch schlechter bezahlen; daß sich dagegen aber die Ärzte nicht wenden. Rebel habe die Betriebskassen im Auge gehabt, als er von dem Lumpengeld der Bezahlung gesprochen habe.

Straß-Berlin wendet sich gegen die Beschlüsse des Vortages und tritt für die Resolution Rohr in vollem Umfange ein. Für das Beste hält er nicht die freie Arztwahl, sondern fest angelegte Kassenärzte. Wenn es nach den Ärzten ginge, müßte der 1/2 des Krankenkassengesetzes dahin geändert werden: Für jeden Kranken muß ein Vortagehonorar von 100 Mark gezahlt werden, das übrige erhalten die Kranken. (Große Heiterkeit.)

Prinz-Kottbus nennt Herrn Sanitätsrat Dr. Liebeschütz den Typus des Arztes alter Schule und erzählt einen Privatfall aus seiner persönlichen Verührung mit Dr. Liebeschütz, in welchem dieser die Krankenkasse Kottbus verklagt habe. (Unruhe in der Versammlung.)

Sanitätsrat Dr. Liebeschütz befragt lebhaft die Herangehörung dieses Privatfalls in die Debatte. (Zustimmung.) Den Prozeß habe er nur aus principellen Gründen angestrengt, es handelte sich dabei um ein Objekt von nur 10 Mark.

Der Vorsitzende Steinmeyer stellt aus persönlicher Erfahrung dem Dr. Liebeschütz das Zeugnis aus, daß er stets gewissenhaft den Interessen der Kassen gebient habe. (Lebhafte Zustimmung.)

Gräf-Frankfurt weist den Ärzten vor, daß sie sich oft über-

heben über die Kassenmitglieder, die nur Schuster und Schneidergesellschaften sind. Er rät den Ärzten, sparsamer und ökonomischer in ihren Verordnungen zu sein; nur dann werde es möglich sein, den Ärzten ein höheres Honorar zuzubilligen. Ohne diese Ökonomie sei es unmöglich.

Die Debatte wird geschlossen. Nach einem Schlußwort des Referenten Rohr wird die Resolution Rohr unter Weglassung der letzten vier Worte angenommen.

Zu der Frage der Arbeitslosenversicherung hat die Redaktionskommission folgende Einigungsresolution vorgelegt:

In der Erwägung, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung ein zur Zeit noch nicht geklärtes Problem der Gegenwart bedeutet, daß es aber im dringenden Interesse der Krankenkassen als soziale Einrichtung liegt, an der Lösung des Problems mitzuwirken, erklärt die heutige Jahresversammlung, daß es darauf ankommt:

- 1. daß statistische Grundlagen für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden,
2. daß zur Entlastung der Krankenkassen durch eine Arbeitslosenversicherung nur eine Eingliederung der gesamten versicherten Arbeiter in die Arbeitslosenversicherung beitragen kann,
3. daß die Arbeitslosenunterstützung mindestens die Höhe und Dauer der Krankenunterstützung erreichen müsse.

Bei der Erlangung von statistischem Material ist von Reichs wegen unter Mitwirkung derjenigen Stellen, die bisher schon mit den Ermittlungen über die Lage des Arbeitsmarktes sich erfolgreich betätigt haben, nach einheitlichem Gesichtspunkt zu verfahren. Die Unterstützung der Krankenkassen, Gewerkschaften und sonstigen Korporationen, der Personen aus Reichsmitteln und die Mitwirkung der Reichsbehörden bei den zu veranstaltenden Erhebungen ist unerlässlich.

Die Krankenkassen sind schließlich der Ansicht, daß die Arbeitsmarktverhältnisse erst dann geregelt werden, wenn die größten Arbeitgeber: der Staat und die Gemeinde und die Unternehmer zu Arbeitslosenversicherung herangezogen werden.

Nach kurzer Debatte wird die Resolution fast einstimmig angenommen.

Nach Besichtigung durch Simanowski-Berlin werden die folgenden Anträge der Centralkommission der Krankenkassen Berlin angenommen:

- 1. Die deutschen Bundesregierungen sind zu ersuchen, in allen Universitätsstädten hydrotherapeutische Institute, wie ein solches in Berlin bereits durchgeföhrt ist, zu errichten und dieselben den Krankenkassenmitgliedern zur Benutzung zu öffnen.
2. Der Kongreß empfiehlt, wo es angänglich ist, die Bildung von Vortagekommissionen zur Unterstützung der Krankenkassenmitglieder im Unfallverfahren.

Auf Antrag Gräf-Frankfurt a. M. wird beschlossen: „Die Ortskrankenkassen des deutschen Reichs verpflichten sich behufs Abwendung der Errichtung von Betriebskrankenkassen und Baukrankenkassen den größeren Baugesellschaften ihres Gemeindebezirks die Versicherung zu geben, daß sie bei Ausführungen von Bauten an wechselnden Orten, auch wenn dieselben längere Zeit beanspruchen, die Versicherung ihres lastenpflichtigen Personals ausschließlich bei der Ortskrankenkasse ihres Hauptbetriebs betreiben können.“

Ein Antrag der Freien Vereinigung der oberbayerischen Ortskrankenkassen, nur alle zwei Jahre einen Kongreß abzuhalten, wird mit großer Majorität abgelehnt.

Eine längere Debatte ruft ein Antrag hervor, Stellung zu der vom Bundesrat angeregten Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter zu nehmen. Hertel-Eisenhof, der ausführt, daß eine solche Ausdehnung des Krankenkassengesetzes den Ruin vieler Kassen bedeuten würde, findet in der Versammlung lebhaften Widerspruch. Es wird verlangt, daß die Unternehmer, die Betriebskassen gründen, zur Einbeziehung ihrer Heimarbeiter gezwungen werden.

Der Kongreß geht über den Antrag nach der von Hertel gegebenen Begründung zur Tagesordnung über.

Ein Antrag: „Die in Berlin erscheinende von Herrn Paul Stampfmeier in Cronberg i. L. redigierte Deutsche Krankenkassenzeitung möge als Organ des Centralverbandes der Ortskrankenkassen im deutschen Reich erklärt werden.“ wird angenommen.

Ein von Prinz-Kottbus befürworteter Antrag, daß, solange das Tuberkulosekottbus als allgemein anerkanntes Heilmittel gegen Tuberkulose ärztlicherseits nicht gilt — abgesehen von der Verwendung zu diagnostischen Zwecken — die kurative Tuberkulosebehandlung in den Augenheilanstalten nur mit Einverständnis der Heilstättenpfleglinge anzuwenden ist und daß letzteren aus einer Verweigerung der Anwendung irgend welche Venachteiligung seitens der Versicherungsanstalten nicht erwachsen darf, wird, obwohl ihn Dr. Lennhoff für völlig überflüssig erklärt, da kein Arzt das Recht der Anwendung ohne Einverständnis des Patienten hat, angenommen.

Als Ort für die nächste Jahresversammlung wird Breslau gewählt. Damit sind die Arbeiten des Kongresses beendet. Der Vorsitzende schließt die Verhandlungen mit dem Ausdruck hoher Verehrung über das Ergebnis und dem Dank an die Delegierten.

Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine.

Den Rechtskommissionsbericht erstattet Fräulein Dr. jur. Marie Rasche-Berlin. Es wird besonders betont, daß sich die Frauenbewegung mehr als bis jetzt geäußert sei, auch mit der Ehegesetzgebung, insbesondere mit den einschlägigen Paragraphen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs, beschäftigen müsse. Auch müßten die Frauen Stellung zu den strafrechtlichen Verhandlungen der Minderjährigen und geistig Minderwertigen nehmen.

Frau Friederike Wöll-Frankfurt erteilt den Bericht der Kommission für Handelsangestellte. Anschließend an diesen Bericht, der hervorhebt, daß sich die Frauenvereine jeder politischen und religiösen Einwirkung bei ihren Angaben enthalten müßten, bringt Frau v. Königberg den Antrag ein, der Bund möge folgende Resolution annehmen: Der Bund deutscher Frauenvereine empfiehlt den angeschlossenen Frauenvereinen dahin einzutreten, daß der Bundesratsbeschl. betr. S i g e l e g e n h e i t der Handelsangestellten auch wirklich ausgeführt wird und die Geschäftsinhaber ihren Angestellten das Niederlassen gestatten, wenn sie unbeschäftigt sind. Herr Oberst G. L. Charlottenburg empfiehlt eine sogenannte weiße Liste für diejenigen Geschäfte, welche ihren Angestellten S i g e l e g e n h e i t gestatten. Der von Fräulein Alice Salomon-Berlin erstattete Bericht über die Tätigkeit der Auskunftsstellen konstatiert, daß im ersten Jahre 110 und im zweiten Jahre 400 Anfragen zu erledigen waren und daß mit der Auskunftsstelle zufriedenstellende Erfolge erzielt worden seien.

Der 4. Punkt der Tagesordnung: Vorbereitung des internationalen Kongresses in Berlin 1904, rief eine außerordentliche Diskussion hervor. Man beschloß, aus den Fehlern der vorhergehenden Kongresse zu lernen und zu vermeiden, daß sich, wie bisher, die Vorträge zerstückeln oder mit Kleinigkeiten Sagen

beschäftigen, sondern es sollen Themen ausgewählt werden, die dem allgemeinen, internationalen Bedürfnis und Interesse entsprechen.

Vorgeeschlagen wurde alsdann die Bildung eines dreifachen Komitees.

Alsdann wurde das Wahlergebnis der Vorstandswahl veröffentlicht. Gewählt sind: Frä. Alice Salomon-Berlin, Frä. A. Papp-riß-Berlin, Frä. v. Bedewitz, Frau Simson-Berlin, Frau Freuden-berg, Frau v. Förster-Rürnberg, Frau Helene Lange-Berlin, Frau Anna Edinger-Frankfurt, Frau Marie Wegner-Düsseldorf, Frau Wieber-Böhm-Berlin.

Frau Maria Stritt schloß die fünfte Generalversammlung mit dem Wunsche frohen Wiedersehens auf dem internationalen Kongreß in Berlin 1904.

Nachmittags wurden die letzten Kommissionsitzungen abgehalten, und zwar der Rechtskommission und der Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Gerichtssaal. Landgericht. Leipzig, 8. Oktober.

Vorsitzliche Brandstiftung brachten den fünf-jährigen Jahre alten Dienstknecht Karl Richard Sühnerfürst vor die 2. Strafkammer. Vom hiesigen Polizeiamt war ihm Ende Juli eine zehntägige Haftstrafe auferlegt worden, weil er, von seiner Heimat Kosba bei Eilenburg kommend, sich längere Zeit bettelnd umhergetrieben hatte. Mit einer Verhaftung von 30 Pf. wurde S. am 9. August entlassen und er wanderte dann nach der Grimmaer Gegend zu. Die Nacht verbrachte er in einem dem Rittergut Pomßen gehörigen Strohhalm. Am anderen Morgen brannte er den etwa 250 Centner großen Feimen an, der gränzlich niederbrannte, wodurch ein Schaden von über 500 Mark entstand. Er giebt in der heutigen Hauptverhandlung an, daß er nicht beabsichtigte, den Feimen niederzubrennen, er habe vielmehr nur sehen wollen, ob das nasse Stroh brenne. Als die Flamme schon recht hoch schlug, rannte er in den Wald und stellte sich dem Wölkhermeister S. aus Pomßen, der ihn anhieft, als harmloser Pilzfischer vor. Dieser hatte aber den Vorgang beobachtet und nahm den Brandstifter fest. Das Gericht nahm an, daß Sühnerfürst die zu der Straftat erforderliche Einseitigkeit besessen habe, billigte ihm aber mit Rücksicht auf seine Jugend mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis. Ein Monat der Untersuchungshaft wurde ihm auf die Strafe angerechnet.

Einen schweren Einbruchsdiebstahl suchte der 23 Jahre alte Mechaniker Max William Kurt Weichelt von hier in der Nacht des 19. August in einem Grundstück in der Thomafußstraße zu verüben. Mit Steinmeißen, Jange und Schraubenzieher versehen und mit einem Revolver bewaffnet, machte er sich an die Arbeit, doch der falsche Schlüssel, den er zurechtgefeilt und zwei Tage vorher probiert hatte, versagte anfänglich. Als er glücklich ins Innere des Hauses gelangt war, machte er die Wächrmuschel, daß die zum Hochparterre führende Treppe durch eine eiserne Thüre abgeschlossen war. Er wendete nun, um diese zu öffnen, solche Gewalt an, daß dadurch ein starkes Geräusch entstand, so daß ein Schuttmann darauf aufmerksam wurde und W. festnahm. Vor der 3. Strafkammer, wo W. sich dieserhalb zu verantworten hatte, giebt er an, den Revolver nur mitgenommen zu haben, um sich Mut zu machen. Den Diebstahl selbst habe er aus Not ausüben wollen; er wäre schon lange arbeitslos und zuletzt ohne jegliche Subistenzmittel gewesen. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust.

Vereine und Versammlungen.

Der Arbeiterverein von Stadtmeln und Umgegend hielt am 4. Oktober seine Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung der Kassengeschäfte wurde mit der Vorlesung über den Hochverratsprozeß gegen Liebned und Genossen begonnen. In den nächsten Versammlungen soll die Vorlesung fortgesetzt werden. Genosse Radwiz erstattete Bericht über die Gemeinderatsitzungen vom 18. September und 2. Oktober. Hieraus ist hervorzuheben, daß die Verhandlungen über die Einverleibung der Gemeinde in die Ortskrankenkasse zu Leipzig noch nicht abgeschlossen sind und daß die Beschlüsse der Gemeinderäte von Büschena und Hänichen noch eingeholt werden sollen. Der Gemeinderat von Stadtmeln hat in seiner letzten Sitzung mit 4 gegen 2 Stimmen beschlossen, den Gemeinderat folgendermaßen zusammenzusetzen: In der ersten Klasse der Anfassigen, die 35 Mark Staatssteuer entrichten, werden 4 Vertreter gewählt, in der zweiten Klasse der Anfassigen, die 25 Mark Staatssteuer entrichten, werden zwei Vertreter gewählt, in der dritten Klasse der Anfassigen, die 21 Mark Staatssteuer entrichten, wird ein Vertreter gewählt und in der vierten Klasse der Anfassigen, die weniger als 21 Mark Staatssteuer entrichten, wird ein Vertreter gewählt. Die Versammlung hat einstimmig beschlossen, gegen diesen Beschluß des Gemeinderats bei der höheren Behörde Beschwerde zu erheben. Unter Vereinsangelegenheiten verweist der Vorsitzende auf die Versammlung am 12. Oktober und fordert die Genossen nochmals auf, die sächsische Staatsangehörigkeit zu erwerben. In nächster Zeit soll ein wissenschaftlicher Vortrag gehalten werden.

Sattlerversammlung am 4. 1/1. Ber. Nach einer Vorlesung aus der Neuen Zeit über: Die Wasi und das Volk, erstattete der Vorsitzende den Bericht über das letzte Jahr. Es wurden 10 Mitglieder und drei öffentliche Versammlungen abgehalten. In den 10 Versammlungen wurden 12 Vorträge gehalten. Ferner wurden mehrere Ausflüge sowie Familienabende und ein Stiftungsfest veranstaltet und verschiedene Besichtigungen vorgenommen. Im allgemeinen war das Resultat zufriedenstellend, umsomehr, als auch unser Gewerbe von der Krise hart betroffen wurde. So wurden bei der Firma Wäbler allein über 50 Kollegen entlassen und sind mehrere davon bis heute noch nicht wieder untergebracht. Die Bibliothek wurde besser benutzt als im Vorjahre, die Zahl der geliehenen Bücher stieg von 26 auf 75. Bei der vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes wurden die Kollegen Schuster als erster, Steiner als zweiter Vorsitzender und Dillinger als Schriftführer gewählt. Unter Gewerkschaftlichem wurde ein Beschluß des Centralvorstandes getadelt und um Aenderung dieses Beschlusses ersucht. Zum Besuch der Chinaausstellung sind Eintrittskarten beim Vorsitzenden zu erhalten. Mit einer Aufforderung an diejenigen, die noch nicht Mitglieder der Centralkrankenkasse der Sattler sind, der letzteren beizutreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gratis-Inserate für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.

Stuckateure, Maler, Töpfer, sowie sämtliche Bauberufe.

Sonnabend den 11. Oktober abends 8 Uhr

Grosse öffentliche Versammlung

in beiden Sälen der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: Der Bauarbeiterchutz und die Fensterfrage. Referent: Julius Früssdorf, Dresden.

D. E.

Schmiede!

Mitglieder - Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Gewerkschaftsstatell und Wahl des Delegierten.
2. Bericht vom Arbeitsnachweis und Wahl der Nachweisführenden.
3. Gewerkschaftliches.

[9089]

D. V.

Textilarbeiter.

Freitag den 10. Oktober abends 8 Uhr

Große öffentliche Versammlung

im großen Saale des

Schloß Lindenfels, Lindenau, Karl Heine-Straße.

Tagesordnung:

1. Arbeiterschutz und Arbeiterchutz. Referent: Genosse A. Lüttich.
2. Die Stellung der Unternehmer betr. des Sechsstundentages.
3. Die Uebergararbeit in der Leipziger Baumwollspinnerei.
4. Die Mahregelung bei der Firma Stöhr u. Co.
5. Gewerkschaftliches und Diskussion.

[9092]

Achtung, Dachdecker!

Zu Gunsten der am Sonnabend den 11. Oktober abends 8 Uhr in der Flora stattfindenden Versammlung der gesamten Bauberufe fällt unsere Versammlung aus.

Ich erlaube alle Kollegen, in vorgenannter Versammlung zu erscheinen.

[9088]

D. V.

Buchbinder-Männerchor, Leipzig.

Sonntag den 12. Oktober 1902

Grosse Abend-Unterhaltung

im großen Saale der Drei Mühlen, L.-Anger.

Vokal- und Instrumentalkonzert, humorist. Vorträge, Theater und nach dem Konzert Ball. — Tombola. — Eintrag 4 Uhr. Anfang präzis 5 Uhr. Programme im Vorverkauf à 20 Pfg., sind beim Hülfleiter der Drei Mühlen, in Schüttels Hof, Gerichtsweg, und bei den Vertrauensleuten zu entnehmen. An der Kasse 30 Pfg. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. D. V.

Kaiser-Keller

19 Hainstrasse 19.

Empfehle meine freundlichen Lokalitäten, Kulmbacher Biere von Gebrüder Fleischmann, gute, preiswerte Küche.

Ergebnis ladet ein

[9042]

F. Hornig.

Marienbad

Die Anstalt ist für alle Wäder von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet.

Dampf- u. röm.-arische Voll- u. Teilbäder. Einpackungen, Spezialkurform, anerkannt vor. Massage, 1-4 Uhr nachm. nur für Damen. Schwimmbassin 20°, kristallklares Wasser, Montag, Mittw., Sonnab. v. 2-1/2 Uhr nachm. Dienst., Donnerst., Freit. v. 1/2-9-11 Uhr vorm. Montag abends v. 1/2-8-9 Uhr: nur für Damen. Wannob. I. u. II. Kl. f. Dam. u. Herr. j. jed. Tag.

Konsum-Verein L.-Plagwitz u. Umgeg.

E. G. mit beschränkter Haftpflicht.

Die Erledigung der jetzt noch zahlreichen Bestellungen für Heizungsmaterial erfordert noch längere Zeit. Wir werden die Mitglieder durch die Post unterrichten, wann ihnen das Heizungs-material zugefahren wird.

Vom 1. Oktober ab ist eine Preissteigerung für Briketts und Torfsteine eingetreten, wovon die Mitglieder hierdurch Kenntnis nehmen wollen.

Leipzig-Plagwitz, den 3. Oktober 1902.

Der Vorstand.

Konsum-Verein für Stötteritz u. Umg.

(E. G. m. b. H.).

Geschäftsjahr 1901/1902.

Mitgliederbewegung:

Bestand am 30. Juni 1901: 2474 Mitglieder; eingetreten 298, ausgeschieden durch Kündigung 888, durch Tod 18, zusammen 356. Bestand am 30. Juni 1902: 2416 Mitglieder. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am 30. Juni 1901: 76006.45 Mk., Zuwachs im Jahre 1901/02: 5160.54 Mk., Bestand am 30. Juni 1902: 81166.99 Mk. Die Passivsumme betrug am 30. Juni 1901: 98960 Mk., Rückgang im Jahre 1901/02: 2320 Mk. Die Passivsumme betrug am 30. Juni 1902: 96640 Mk.

Aktiva.		Vermögens-Bilanz.		Passiva.	
	Mk.	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.
Kasse		12 055	48	Anteile	81 166
Kreal I		9 180	—	Kautionen	3 748
Kreal II		20 362	50	Reservefonds	11 646
Gebäude I	78 448,99			Dispositionsfonds	1 290
Anschaffung	1 558,97	80 007	96	Sparkasse	19 803
Gebäude II	165 399,25			Sparmarken	1 088
Anschaffung	474,82	165 874	07	Beschel	20 000
Grundstück Thonberg	67 604,94			Kreditoren	100 084
Anschaffung	2 361,84	69 966	80	Anteil (unerhoben)	143
Inventory	25 813,—			Dividenden (unerhoben)	104
Abschreibung 10%	2 584,30			Hypotheken	962 400
	23 258,70			Reingewinn	71 402
Anschaffung	6 255,88	29 514	58		
Wäschinen	49 274,25				
Abschreibung 5%	2 468,70				
	46 805,55				
Anschaffung	1 331,46	48 142	01		
Bierbe	4 548,—				
Abschreibung 20%	909,60				
	3 638,40				
Anschaffung	90,—	4 538	40		
Warenbestand		138 209	96		
Debitoren I		869	22		
Debitoren II		3 327	71		
Emballagenbestand		2 742	85		
Anteil bei der Grobhandels-gesellschaft in Hamburg		2 592	70		
		Summa 581 824	19		Summa 581 824 19

Die Generalversammlung vom 28. September 1902 beschloß, eine Dividende von 9 Prozent zur Verteilung zu bringen.

Der Vorstand: Karl Klose, Emil Götner.

Gestützt
durch das gesunde Urteil des Publikums nimmt Sunlight Seife den ersten Rang als Wasch- u. Haushaltssseife ein. Wenn dieselbe nach unserer Gebrauchsanweisung angewandt wird, fällt die Qual des Waschtages weg. Versuchen Sie es bei Ihrer nächsten Wäsche und überzeugen Sie sich selbst hiervon, denn

Sunlight Seife

erleichtert die Arbeit.

Empfehle sämtliche

+ Gummiwaren +

zur Waden- und Krankenpflege.

Karl Klose, Leipzig 40, Weiß 5. Haupt-Preisliste verleiht, geg. 20 Pfg. Karte. Damen finden separate Frauenbedonung.

Behandlg. aller geheimen Leiden, Ausflüsse, selbst verchuid. Schwäche, Genuß, Haut- u. Haarleiden. Lang-jähr. Erfahrung. Viele Dankschreiben.

11-1 u. 6-9, Schumann, Marktstr. 5.

Frauenleiden Frau Gossmann, Leipzig-Lindenau, Josephstr. 34.

Feinste Pflanzenbutter

Preis pro Pfund 70 Pfg.

Zu jedem Pfund Palmu erhält der Käufer ein Serienbild. [9090]

Empfehle meine

+ Damenbinden +

Gummifäden für Massage, Waden- und Krankenpflege. [3119]

Güternangenhobel, Halsketten für zehrende Kinder. Preisliste 30 Pfg. Frau Auguste Graf, Nikolaistraße 4.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I. am Markt u. Rathaus. [3119]

Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinste Herbst- u. Winter-Parcets, kompl. Anzüge, Bekleidungs, alle Façons u. Weiten. Eleg. Trachs u. Beselstschönung, auch selbst.

Gebr. Singer-Nähmaschinen

von 15 Mk. an. Reparatur, u. Ersatzteile billig. Alleinverf. d. Original-Victoria-Lehrkurse in der modernen Stanzschneiderei. H. Schube, Peterstraße 34, im Hof.